

ung mit: Jeder außerhalb der der Militär-mp, wenn je-ende Nachtie, fernerbleit: drei Tage ineldung. Zu-den Zuzug inei Tage undne entspre-

amtes seine Dienst-ens & Halske-terstraße ver-

m Stich

dem Frühzugeannten meh-die von Reien. Wie sichDiesesgut, dasn wurde, umn. Die SackeMehl, Kartoff- Die Nach-recher in ein-eingebrachtenLebensmitteln-eichnen, die-naten.

r wurde einbt, bei demLebensmittelEinem Bahn-Dorsten fienwer beladeneie Bahnhofo-e Verfolgungurden gestellt.

Widerstand,er andere ent-erweit des Ge-n werden.

Familie Joh-nung auf der-verfahren. Im-tzungen.

Z.

hölt 5:2 (2:0)

standen sichchon vom An-gen Sportklub-0 für Olympia-ellt. Nach dem-ällig. Olympia-m Durchbruchbe ein Mitver-ortwart aus undorkklub. Olymp-an und drückteor aus. In der-ein Handelf-

ewisse

nach kurzer,ersehen mit, Kirche, imie trauenden-1. Kaufbach-selnam amin der Hil-

errenstiefel (42)

(42). Bocholt,

n, gegen Motor.

Bocholt, Leo-

inchenstall mit

en Radio, Anzug

Dohle, Bocholt,

hemd (37-38) u.

bedügte geg. zwei

Sir. 67.

n-Übergangsmant-

gut, Sessel oder

Bocholt,

ermarmel, Gr-

almatrazte sowie

Verkaufsg. Näh-

amensportliche

30, Hanne Jan-

Str. 108

gegen Damen-

Borken,

den Kind sucht

Wohnungstisch,

Rademacher,

aschube mit Kell-

amenschuhe mit

Bocholt, Moitke-

L. 4 geg. guterh,

5) und Zithern,

Str. 99,

lind gegen Heu-

menhorst 62

er gegen ein gr-

Zimmer, Bocholt,

uhe (42) geg. 6

Bocholt, Herm.-

(41) gegen Fuß-

bohl, Baust.-10.

k gegen guiterh,

NWZ, Rhede,

igen aus für

was bei Auf-

Herausgegeben von den britischen Militärbehörden
Die Zeitung erscheint jeweils dienstags und freitags
Der Postverlagort ist (21) Q 1 d e

Die Anzeigen für die jeweilige Teilausgabe und
die Ausgabebezeichnungen erscheinen auf der
vierten Seite dieser Zeitung

Neue Westfälische Zeitung

Nr. 84

Dienstag, den 2. April 1946

20 Pfg.

Die Persien-Debatte wird fortgesetzt

Nazi-Komplotz aufgedeckt HJ-Führer verhaftet

Berlin, 31. März. Eine Verschwörung der Reichsjugendführung mit dem Ziel, die nationalsozialistische Bewegung wieder zu neuem Leben zu erwecken, wurde durch die gemeinsame Arbeit britischer und amerikanischer Überwachungsbehörden im Keim erstickt. Der frühere Reichsjugendführer Axmann sowie eine Reihe seiner engeren Mitarbeiter und Gebietsführer wurden verhaftet.

Über die Einzelheiten dieser Aktion liegt uns folgender Bericht vor: Gegen Ende des Jahres 1945 wurde es offenkundig, daß in Westdeutschland eine Art illegaler Organisation in Bildung begriffen war.

Kennwort „Kinderhort“

Der britische und amerikanische Geheimdienst erhielten nach und nach genaue Informationen über die Vorgänge, und als es klar war, daß sich diese Organisation, der aus praktischen Gründen das Kennwort „Kinderhort“ — Nursery Organisation — gegeben wurde, über die ganze amerikanische und britische Zone ausbreitete, wurden alle verfügbaren Nachrichten dieser Unterminierungspläne gesammelt.

Bekannte Namen

Der erste Schlag gegen die Organisation wurde ungefähr um die Jahreswende geführt, als einige führende Köpfe des „Kinderhortes“ in der amerikanischen Zone verhaftet wurden. Seither wurden auch in der britischen Zone zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Unter den Verhafteten waren folgende bekannte Personen: Axmann, Führer der gesamten Hitlerjugend und des Bundes Deutscher Mädel, Memminger, Leiter der Presse- und Propagandaabteilung der Reichsjugendführung, Overbeck, Führer des Gebietes Süddeutschland mit dem Range eines Hauptbahnführers, Heidemann, ein wichtiges Mitglied der Wirtschafts- und Verwaltungsabteilung der Reichsjugendführung, Budaus, Leiter des Organisations- und Personalamtes der Reichsjugendführung.

Die Organisation bestand aus zwei ganz deutlich gekennzeichneten Abteilungen, der wirtschaftlichen und der politischen.

Aufbau von NS-Firmen

Das Streben der Wirtschaftsabteilung des „Kinderhortes“ zielte darauf ab, eine Anzahl von Firmen und wirtschaftlichen Beziehungen innerhalb ganz Westdeutschlands zu schaffen. Die Aufgaben dieser Firmen sollten darin bestehen, Transportverträge zu erhalten, um sich damit die Gunst der Militärregierung zu sichern. Es war vorgesehen, daß die Direktoren dieser Firmen gute Nationalsozialisten sein sollten, die ihrerseits in der Lage sein würden, ihren Freunden, deren Anstellung natürlich auf Grund von Gesetzen der Militärregierung verboten ist, gute Stellen zu verschaffen.

„Politische Abteilung“

Das Ziel der politischen Abteilung war deutlich auf eine stufenweise Wiedergeburt der HJ, abgestellt. Zwischen den Führern herrschte eine gewisse Meinungsverschiedenheit hinsichtlich des zu beschreitenden Weges, aber das Endziel ihrer Tätigkeit wäre unvermeidlich das Gleiche gewesen, wenn man ihrem Treiben nicht ein schnelles Ende gesetzt hätte.

Die Führer versuchten, ihre Reisen und ihre Tätigkeit auf einen weiten Raum auszudehnen. Aber ihre Verbindungen erstreckten sich bisher nur auf die amerikanische und britische Zone Deutschlands.

1000 Mann verhaftet

Frankfurt, 31. März. Der Chef des amerikanischen Geheimdienstes in Deutschland, Brigade-General Edwin L. Sibert, gab in Frankfurt weitere Einzelheiten über den aufgedeckten Komplotz der Reichsjugendführung bekannt.

Bei Razzien wurden in der amerikanischen Zone Deutschlands und in Österreich etwa eintausend Personen verhaftet.

Unter der Führung von Axmann hatte eine ausgewählte Gruppe von Nazis die amerikanische und britische Besatzungsbehörde bereit, um mit anderen Verbindungen aufzunehmen. Die Gruppe arbeitete unter dem Decknamen verschiedener angesehener Firmen, die sich mit dem Transport von Lebensmitteln und Heizmaterial beschäftigten. Den Führern der Gruppe gelang es, etwa Adressen von eintausend Personen ausfindig zu machen, von denen sie glaubten, daß man sich auf sie verlassen könne.

Die Pläne der Verschwörergruppe gingen dahin, einflußreiche politische Zellen zu organisieren, um auf diese Art die Entwicklung einer demokratischen Philosophie in den politischen Parteien Deutschlands zu zersetzen.

Bereits April 1945 hatte Axmann angeordnet, daß alle Reichsjugendführer und -führerinnen sich in Niederbayern treffen sollten, um die Untergrundbewegung zu organisieren.

„Reisende Kaufleute“

Memminger und Overbeck sowie andere Führer der HJ sollten als Verbindungsleute dienen, die unter der Maske von reisenden Kaufleuten tätig waren. Ursprünglich sollte zunächst nur der Aufenthalt ehemaliger Parteigenossen ausfindig gemacht und sie verständigt werden. Finanzielle Unterstützungen waren für diejenigen vorgesehen, die von der politischen Säuberungsaktion betroffen wurden.

Sowjet-Delegation bleibt abwesend

DIE FORTSETZUNG der persischen Debatte auch ohne die Teilnahme der russischen Delegation wurde in der Geheimsitzung des Sicherheitsrates am Donnerstagsabend beschlossen. An der Geheimsitzung nahm der russische Delegierte nicht teil. Nach der Freitagsitzung, auf der Gromyko wieder nicht vertreten war, vertagte sich der Welt Sicherheitsrat auf nächsten Mittwoch.

Die Aussprache der Donnerstagsitzung wird als unformell bezeichnet und bezog sich, wie ein Kommuniqué feststellt, auf das Verfahren, das bei der künftigen Behandlung des persischen Appells angewandt werden soll.

Der englische Vertreter im Sicherheitsrat, Sir Alexander Cadogan, bespricht mehrmals täglich die politische Lage mit dem britischen Außenministerium in London. Die Entwicklung wird in englischen diplomatischen Kreisen als störend und enttäuschend bezeichnet. Englands Auffassung, so wird erklärt, sei die, daß die kleinen Mächte nicht durch irgendeine Großmacht an der Vertretung ihrer Interessen gehindert werden dürfen.

Hussein Ala antwortet

Auf der Abendsitzung am Freitag antwortete der persische Delegierte Hussein Ala auf Fragen, die ihm in der vorigen Sitzung von dem polnischen Delegierten Oskar Lange vorgelegt worden waren.

Die erste Frage war, ob Hussein Ala von seiner Regierung Anweisungen erhalten hätte, sich einer Verschiebung der Diskussion der persischen Frage vor dem Sicherheitsrat zu widersetzen. Der persische Delegierte antwortete zustimmend, seine Instruktionen seien klar und eindeutig.

Die zweite Frage war, ob ihm irgendwelche offizielle Meldungen über die Zurückziehung der russischen Truppen erstattet worden wären. Er antwortete: „Ich habe keine Informationen, weder offizielle noch andere, darüber, daß irgendwelche russische Truppen die Grenze nach Rußland überschritten hätten.“

Die dritte Frage betraf die Klarstellung einer Erklärung des persischen Ministerpräsidenten, daß er keinen Druck von außen auf die persisch-russischen Beziehungen wünsche. Darauf antwortete der persische Delegierte: „Eine der Hauptgründe für den Auftrag des Ministerpräsi-

denten an mich, den Streitfall dem Sicherheitsrat zu unterbreiten, ist gerade sein Wunsch, frei vom Druck irgendeiner Macht verhandeln zu können. Es tut mir leid, daß mein russischer Kollege noch nicht hier ist. Ich würde glücklich sein, wenn ich hier mit ihm die Mißverständnisse beseitigen könnte, die auf seinen seiner Regierung bestehen.“

Die Sitzung endete mit dem Beschluß, den Sicherheitsrat auf Mittwoch zu vertagen.

New York, 30. März. Anfragen des UNO-Generalsekretärs bei den Regierungen in Moskau und Teheran über den Stand der Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und Persien wurden in der Nacht zum Sonnabend aus New York abgesandt.

Teheran für gute Beziehungen mit Rußland

Teheran, 31. März. Firouz, der offizielle Sprecher der Teheraner Regierung, stellte am Sonnabend zu dem Konflikt mit Rußland fest, daß der Fall Persien niemals von den Beratungen des Welt Sicherheitsrates abgesetzt worden sei. In London, so sagte er, war beschlossen worden, daß die Beratungen aufgeschoben werden sollten, um unmittelbare Verhandlungen zu ermöglichen. Es war außerdem vereinbart worden, daß der Welt Sicherheitsrat einen Bericht über diese Verhandlungen bekommen sollte. In Übereinstimmung mit den Londoner Beschlüssen habe der persische Botschafter in Washington Hussein Ala Pascha jetzt die Frage angetroffen und wieder vor dem Sicherheitsrat gebracht.

Der Sprecher wies weiter auf die letzte Rede des persischen Ministerpräsidenten hin. Danach ist es das Ziel der persischen Regierung, die bestmöglichen Beziehungen zu Rußland herzustellen. Und die Regierung hofft, daß durch guten Willen und gegenseitiges Vertrauen das Ziel erreicht werden kann.

Er spricht trotz „Sprachstörung“

Die Aussagen Joachim von Ribbentrops

Nürnberg, 28. März. Nachdem der frühere Gesandte Dr. Paul Schmidt eine Schilderung der Ereignisse gegeben hatte, die sich am 3. September 1939 in der Berliner Reichskanzlei abgespielt, sagte Ribbentrop selbst als Zeuge aus, obgleich er vorher die Aussage wegen „nervöser Sprachstörungen“ abgelehnt hatte.

Nürnberg, den 28. März. Schmidt berichtete: „Ich empfing am 3. September 1939 um 9 Uhr den britischen Botschafter Sir Neville Henderson. Meine Aufforderung, sich hinzusetzen, lehnte der Botschafter ab und las mir dann das bekannte Memorandum der britischen Regierung vor. Es hieß darin, daß, falls Deutschland nicht bestimmte Bedingungen erfülle, England sich von 11 Uhr ab als im Kriegszustand mit Deutschland befindlich betrachten werde.“

Schmidt schilderte dann weiter, wie er dem Führer und Ribbentrop das Dokument überbrachte und übersetzte. „Als ich fertig war, herrschte eine Minute lang Stillschweigen. Ich konnte deutlich merken, daß ihnen diese Entwicklung keineswegs gelegen kam. Hitler blickte lange vor sich hin, dann beendete er das Stillschweigen und fragte brüsk: „Was nun?“ „Ich erinnere mich noch an Göring“, fuhr Schmidt fort. „Er sagte: Wenn wir diesen Krieg verlieren, dann Gnade uns der Himmel.“ Goebbels stand in einer Ecke ganz allein. Er machte ein äußerst bedrücktes Gesicht.“

Ziel der NS-Außenpolitik

Unter großer Bewegung auf der Anklagebank sagte der Zeuge, Neurath habe Hitler zum Einmarsch in Österreich zugeraten und ihm versichert, die andern Mächte würden nicht intervenieren. Papens Rolle sei die eines Mannes gewesen, der offiziell sein Gesicht zu wahren gehabt habe, in Wirklichkeit aber mit im Komplotz gewesen sei. Eine frühere Aussage Dr. Schmidts über seine Gesamterfahrungen mit der Außenpolitik des Dritten Reiches, die er vor Gericht nochmals bestätigte, lautete: „Sofort nach der Machtfübernahme durch den Nationalsozialismus sei zu erkennen gewesen, daß das Ziel der nationalsozialistischen Außenpolitik auf die Beherrschung des europäischen Kontinents gerichtet gewesen sei.“

„Hitler wird Deutschland retten“

Nach dem Abschluß der Vernehmung Dr. Schmidts rief zur allgemeinen Überraschung der Verteidiger Dr. Horn noch den Angeklagten Ribbentrop selbst als Zeugen auf, der am Dienstag die Aussage im Zeugenstand wegen Sprachstörungen abgelehnt hatte, jedoch von den Ärzten als sprachfähig und lediglich „nervös und ängstlich“ erklärt worden war.

Ribbentrop erhob sich von der Anklagebank und ging mit müden, schleppenden Schritten zum Zeugenstand hinter. Er leistete den Zeugen eid mit stockender, fast gebrochener Stimme. Er berichtete von seiner ersten Begegnung mit Hitler. „Mein Eindruck von Adolf Hitler war ein sehr

großer. Mir fielen besonders seine blauen Augen in der dunklen Erscheinung auf. Ich ging damals von Hitler weg mit dem Eindruck: Hier ist der Mann, der Deutschland retten wird.“

Ein Mädchen im Zeugenstand

Ein gänzlich anderes Wesen als bei seinem Auftritt in den Zeugenstand trug Ribbentrop zur Schau, als seine langjährige Privatsekretärin, Margarete Blank, als Zeugin verhört wurde.

Als die Zeugin, ein schlankes, blondes Mädchen, den Zeugenstand betrat, erschien ein aufmunterndes Lächeln auf seinem, sonst so verdüsterten und abgespannten Gesicht.

„Ribbentrop war ein in sich gekehrter, abgeschlossener lebender Mensch“, erklärte Margarete Blank. „Das Vertrauen des Führers zu genießen, war für ihn höchste Anerkennung. Dafür war ihm kein Einsatz zu hoch.“ Auf die weiteren Ausführungen Margarete Blanks geht hervor, daß der Führer für das Auswärtige Amt nicht viel übrig gehabt habe. Er betrachtete es „als einen alten, verknöcherten Beamtenapparat und als eine Brutstätte der Reaktion und des Defaitismus.“

Als Margarete Blank den Zeugenstand verließ, grüßte sie lächelnd zu Ribbentrop hinüber, dessen Gesicht sich sichtlich erhellte, und der sie nicht aus den Augen ließ, bis sie den Gerichtssaal verlassen hatte.

Hitlers Begründung für Protektorbildung

Nürnberg, 29. März. Joachim von Ribbentrop setzte seine Aussagen im Zeugenstand fort. Einmal kam „Erregung“ in seine Stimme: „Niemand habe ich dem Führer gemeldet“, so rief er aus, „daß die Engländer degeneriert seien und nicht kämpfen würden. Ich muß feststellen, ich habe dem Führer stets gemeldet, daß die englische Führerschaft und das englische Volk eine absolut heroische Einstellung haben und bereit seien, sich für ihre Existenz und das Imperium einzusetzen.“

Ribbentrop berichtete dann über die Annektierung der Tschechoslowakei durch Deutschland. „Der Führer sagte, das ist alles, historisches Land, ich wünsche, es unter meinen Schutz zu nehmen. Das wird sich zum Glück des tschechischen Volkes auswirken.“ Von Hitler habe er aber überhaupt erst in Prag erfahren, daß die Tschechoslowakei ein „Protektorat“ werden sollte und habe ihm zu bedenken gegeben, daß das England wohl verstünden würde. Hitlers Antwort sei gewesen: „Die Engländer haben 600 Protektorate und Kolonien, sie müssen das doch verstehen.“

Industrie — Wahl

Zwei wichtige Nachrichten über Maßnahmen, die grundlegend sind für die Zukunft Deutschlands, sind auf Seite 2 und 4 wiedergegeben.

Seite 2 enthält eine Verordnung über die Bildung von Wahlkreisen und Wahlbezirken als Vorbereitung der Kommunalwahlen.

Seite 4 bringt den Plan über den Umfang der deutschen Nachkriegswirtschaft.

Britische Stellungnahme

Berlin, 29. März. Bei Bekanntgabe der britischen Zustimmung zum Plan für den Umfang der deutschen Nachkriegswirtschaft, erklärte am Donnerstagsabend in Berlin ein Sprecher im Auftrag der britischen Regierung:

„Die britische Regierung stimmt dem vorgeschlagenen Plan zu und nimmt an, daß der Plan im Einklang mit den Grundsätzen der Potsdamer Erklärung entworfen worden ist, wonach Deutschland mit seinen gegenwärtig unveränderten Westgrenzen als ein wirtschaftliches Ganzes behandelt werden soll.“ Für den Fall irgendeiner Änderung der deutschen Westgrenzen oder eines Entschlusses gegen eine zentralisierte deutsche wirtschaftliche Verwaltung würde der Plan einer Revision bedürfen. Voraussetzung für die Billigung des Planes sei weiterhin, daß die Bevölkerung Deutschlands 66 Millionen 500 000 nicht überschreitet und daß es Deutschland möglich sein wird, seine Einfuhr in einem vorgesehenen Ausmaße zu bezahlen, um damit einer Verpflichtung seitens der Besatzungsmächte oder anderer Hilfe von außen vorzubeugen.

Die britische Regierung sei der Ansicht, daß die Lage Deutschlands in bestimmten Zeitabschnitten im Hinblick auf alle diese Erwägungen neu geprüft werden sollte.

Der Sprecher fuhr dann fort: „Gleichzeitig mißt die britische Regierung dem im Berliner Protokoll festgelegten Grundsatz größte Bedeutung bei, daß die Entwicklung der deutschen Landwirtschaft und anderer friedlicher Industrie ermutigt werden soll.“ Die britische Regierung wird im gegebenen Zeitpunkt eine Abänderung oder Steigerung irgendwelcher Begrenzungen im Gefolge dieses Planes und die Vergrößerung der dem Frieden dienenden deutschen Industrie begünstigen, aber immer gemäß den Erfordernissen der nötigen Sicherheit.“

Lebensstandard von 1932

Ein britischer Offizier in Berlin nahm nach der Veröffentlichung des Planes für die deutsche Nachkriegswirtschaft zu den einzelnen Bestimmungen Stellung und sagte: „Es ist anzunehmen, daß nach den Industrieverlagerungen, die unter Reparationsverpflichtung fallen, noch genügend industrielle Anlagen in Deutschland verbleiben, um von 1949 ab eine Erholung von dem gegenwärtigen, notbedingten Lebensstandard etwa auf denjenigen von 1932 zu gestalten.“

„Die gegenwärtige erlaubte Stahlproduktion ist auf 5 Millionen 800 000 Tonnen jährlich festgesetzt“, sagte der britische Offizier. „Es wurde beschlossen, daß Deutschland eine Jahreskapazität von 7 Millionen 500 000 Tonnen Stahl belassen werden soll. Britische Fachleute sind sicher, daß diese Stahlmenge benötigt wird, wenn die deutsche Wirtschaft und der deutsche Lebensstandard zu dem in dem Plan anerkannten Maßstab wiederhergestellt werden sollen.“

Nahrungsmiteinfuhr bleibt notwendig

„Was nur irgend möglich ist, um die landwirtschaftliche Produktion zu steigern, wird getan werden. Aber Nahrungsmittel werden in größtem Maßstab eingeführt werden müssen. Sie werden etwa die Hälfte der benötigten Gesamteinfuhr ausmachen, obwohl der Nahrungsmittelverbrauch herabgesetzt wird und die Qualität der deutschen Ernährung, verglichen mit dem Vorkriegsstand, gesenkt werden muß.“

„Es ist anzunehmen, daß infolge des Verlustes landwirtschaftlicher Gebiete, der Erschöpfung des Bodens, des Zustroms von Flüchtlingen und des Abschaltens der Viehbestände die Nahrungsmiteinfuhr nicht unter einen Wert von einer Milliarde 500 Millionen Mark reduziert werden kann.“

Gefahr einer Arbeitslosigkeit

Wie ein britischer Sachverständiger für den Auslandshandel im Anschluß an die Veröffentlichung des Planes für die deutsche Nachkriegswirtschaft erklärte, wird der deutsche Außenhandel 1949 infolge der Beschränkung der Ausfuhr von Industrien, die Kriegsmaterial herstellen können, etwa 75 seiner Vorkriegshöhe betragen.

Der britische Ausfuhr-Sachverständige wies darauf hin, daß die Einschränkung der industriellen Hilfsquellen und ihre Verlagerung infolge des Krieges ein ernstes Arbeitslosenproblem wenigstens für eine beträchtliche Übergangszeit im Gefolge haben müsse. Die werden natürlich sehr hart sein in den Industriegebieten und bedeuten, daß davon die britische Zone besonders berührt wird.

„Wir wünschen, daß die Deutschen arbeiten“, schloß der britische Wirtschafts Sachverständige, „Mißgung ist ein fruchtbarer Nährboden für Unzufriedenheit und Unruhe. Wenn verbreitete Arbeitslosigkeit eintritt, kann es notwendig werden, den Alliierten Kontrollrat mit diesem Problem zu befassen.“

Nach dem verlorenen Kriege

Der auf der vierten Seite dieser Nummer veröffentlichte „Plan für Reparationen und für den Umfang der deutschen Nachkriegswirtschaft“ wird in jedem wohlverstandenen Gedanken der Bitterkeit und der Trauer wecken. Schon eine nur flüchtige Kenntnis der Bestimmungen dieses Planes, der einen jeden aber in Zukunft mehr als flüchtig beschäftigen wird, läßt erkennen, daß dem deutschen Volk hier strenge Auflagen gemacht werden. Das wird niemand leugnen! Indes — nicht ohne Grund trägt dieser Artikel die Überschrift: Nach dem verlorenen Kriege. Es ist doch nun einmal so: Wer einen Krieg verliert, muß leiden! Deutschland ist unterlegen! Und nicht nur das: Wahnsinnige Führer und Unterführer haben in unseliger Verbirrtheit durch ihre unüberlegten Befehle und ihr verbrecherisches Verhalten dafür „gesorgt“, daß das Massenmorden und Niederbrennen und das Vernichten und das Zerstören bis zum letzten Augenblick fortgesetzt wurde, obwohl jeder ruhig denkende, nicht von Nazi-Großmanns-sucht befallene Mann klar und deutlich erkannte, daß seit Jahren für eine verlorene Sache kostbares Blut vergossen und unermeßbare Güter vernichtet wurden. Wie viel hätte noch gerettet werden können, wenn wenigstens dann Schluß gemacht worden wäre, als doch keine Aussicht auf „Sieg-Frieden“ mehr bestand. Aber nein! Es mußte weiter gekämpft werden, obwohl die Menschen immer armer wurden, die Waffenrüstung immer schwächer wurde, eine Rüstung, die Hitler-Deutschland seit 1933 aufgebaut hatte, mit dem offenen Zweck, Kriege zu führen. Wer das bisher noch nicht geglaubt hat, dem haben die Nürnberger Verhandlungen den letzten Zweifel nehmen müssen. Wie da am grünen Tisch Diplomaten und Heerführer kaltblütig die Pläne für einen Angriffskrieg da und dort schmiedeten, — dafür hat das deutsche Volk jetzt in dem zur Rede stehenden Umfang die Quittung bekommen.

Dieser Plan, es kann nicht oft genug gesagt werden, ist hart. Das deutsche Volk muß sich damit abfinden. Vielleicht aber lassen sich doch einige Überlegungen anstellen, die trotz der Strenge des Planes an Deutschlands Zukunft nicht verzweifeln lassen. Das läßt sich jedenfalls nicht von der Hand weisen: Es ist besser, daß die Regelung, die ja doch einmal kommen mußte, jetzt, das heißt: so schnell als möglich erfolgt, als daß noch Monate, vielleicht Jahre banger Ungewissheit ins Land gingen. Je eher die für Deutschland negativen Bestimmungen des Planes erfüllt sind, desto schneller können die positiven Anforderungen an einen Aufbau Deutschlands in Betracht gezogen und in Angriff genommen werden.

Daß die Reparationen hoch sind, kann niemand dünkeln. Es bedarf nicht einmal der Erinnerung an jene Mammutzahlen, die nach dem ersten Weltkrieg genannt und gefordert wurden, der doch in seinen zerstörenden Auswirkungen nur einen Bruchteil dessen darstellt, was von 1939 bis 1945 an Leiden und Schäden in den angegriffenen Ländern verursacht wurde. Jedenfalls „sollen nach Zahlung der Reparationen Deutschland genügend Hilfsquellen verbleiben, die es ihm ermöglichen, sich selbst ohne Hilfe von außen zu erhalten“, bestimmt der Plan ausdrücklich. Soweit es sich jetzt schon übersehen läßt, könnte das ein wenig auch kleiner Lichtblick in die deutsche Zukunft sein.

Deutschland hat den Krieg verloren! Diese bittere Wahrheit sei hier nochmals wiederholt, aber auch eine zweite Wahrheit ausgesprochen: Das kämpfende Deutschland hat Großtaten vollbracht an Mut und Energie und Züchtigkeit und Vertrauen. Wenn das unterlegene Deutschland diese Tugenden in dem gleichen Maße bei seinem Wiederaufbau bekundet, dann wird es sich in absehbarer Zeit eine Lage schaffen, in der es, wenn auch bescheiden, aber doch angemessen leben kann.

Französischer Sozialist gegen Abtrennung des Ruhrgebiets

Paris, 29. März. Der Vorsitzende des auswärtigen Ausschusses der französischen Nationalversammlung, der Sozialist Grumbach, erklärte auf dem sozialistischen Parteikonferenz, daß seine Partei gegen die politische Abtrennung des Ruhrgebiets von Deutschland sei, wenn die deutsche Bevölkerung nicht selbst die Trennung wünsche.

Er forderte die Preisgabe der Politik, die General de Gaulle befürwortet hatte und die noch die Politik des französischen Außenministers Bidault sei. Grumbach erklärte: „Die Ruhrkohle sollte internationalisiert werden, aber wenn die Deutschen im Ruhrgebiet bei Deutschland bleiben wollen, haben wir kein Recht, sie mit Zwang zu einer anderen Haltung zu bringen.“

Status quo für Venezia Giulia

Rom, 28. März. Wie der alliierte Oberbefehlshaber im Mittelmeerraum, General Morgan, erklärte, sind die britische und die USA-Regierung entschlossen, den Status quo in Venezia Giulia aufrecht zu erhalten, bis eine Lösung der territorialen Fragen gefunden und durchgeführt ist. Für Jugoslawien bestehe kein Anlaß, in der von ihm besetzten Zone Verteidigungsmaßnahmen zu treffen.

Nach einem Abkommen, das zwischen den Alliierten und Marshall Tito im Juni vergangenen Jahres abgeschlossen worden war, wurde Venezia Giulia in zwei Zonen eingeteilt. Zone A ist von britischen und amerikanischen Truppen, Zone B von jugoslawischen Verbänden besetzt.

Wahlkreise und Wahlbezirke

Hamburg, 28. März. Zur Vorbereitung der Kommunalwahlen ordnet die Militärregierung für die britische Zone die Bildung von Wahlkreisen und Wahlbezirken an. In der Verordnung legt sie die Stärke der Vertretungen in Gemeinden, Ämtern, Kreisen, in der Hansestadt Hamburg und im Lande Bremen fest. Die Aufteilung der Wahlkreise in Wahl- und Stimmbezirke soll Mitte Juni abgeschlossen sein.

Die Zahl der Vertreter der Gemeinden, Ämter, Kreise, der Hansestadt Hamburg und des Landes Bremen richtet sich nach dem Stand der Bevölkerung vom 1. Februar 1946. Sie beträgt für Stadtgemeinden, Landgemeinden und Ämter mit einer Bevölkerungszahl von 500 und weniger sechs, über 500, aber nicht über 1000 neun, über 1000, aber nicht über 3000 zwölf, 3000, aber nicht über 6000 15; 6000, aber nicht über 10000 18; 10000, aber nicht über 15000 21; sowie zusätzlich drei Vertreter für je 10 000 Einwohner über 15 000 hinaus. Für Gemeinden mit weniger als 40 Einwohnern, die das 21. Lebensjahr erreicht haben, wird keine eigene Vertretung eingesetzt.

Für Stadtkreise mit einer Bevölkerungszahl von 20 000 und weniger beträgt die Zahl der Vertreter 21; über 20 000, aber nicht über 30 000 24; über 30 000, aber nicht über 40 000 27; über 40 000, aber nicht über 60 000 30; über 60 000, aber nicht über 80 000 33; 80 000, aber nicht über 100 000 36; 100 000, aber nicht über 150 000 39; 150 000, aber nicht über 200 000 42; 200 000, aber nicht über 300 000 45; 300 000, aber nicht über 400 000 48; 400 000, aber nicht über 500 000 51; 500 000, aber nicht über 750 000 54; 750 000, aber nicht über 1 000 000 57; und über 1 000 000 60.

Wieder Fern-D-Zug-Verkehr

Köln, 30. März. Ab 1. April nimmt die Reichsbahn den Fern-D-Zugverkehr wieder auf. Dies ist die erste Stufe eines Verkehrs-Aufbauprogramms, das die Reichsbahn zur Erleichterung des Geschäfts- und Dienstverkehrs in diesem Sommer durchführen will.

Auf den Strecken Köln—Mainz und Köln—Frankfurt (Main) fährt jeweils täglich ein D-Zugpaar. Ebenfalls täglich verkehren der Dienst-D-Zug Frankfurt (Main)—Köln—Essen—Bielefeld und der Dienst-D-Zug Köln—Essen—Bielefeld—Hannover—Hamburg. Ab 15. April werden auf den Strecken Köln—Hannover—Braunschweig, teils über Wuppertal, teils über Essen, drei weitere D-Zugpaare in Dienst gestellt. Weitere D-Zugpaare werden auf den Strecken Köln—Wilmshaven, Aachen—Duisburg—Essen—Hamm, Frankfurt (Main)—Göttingen—Hannover—Hamburg—Altona und auf der Strecke Frankfurt (Main)—Hagen—Essen eingesetzt.

In der zweiten Stufe des Fern-D-Zugverkehrs ist eine Verstärkung des Einsatzes Süddeutschland vorgesehen, außerdem sollen neue Zugpaare auf den Strecken Braunschweig—Hannover—Hamburg zusätzlich eingeschaltet werden.

In der dritten Stufe plant die Reichsbahn, soweit der Kohlen-, Lok- und Wagenbestand es zuläßt, Anschlüsse in die französische und russische Zone. Mit der Einlegung des Nord-Expreß ab 6. Mai auf den deutschen Strecken erhält die Reichsbahn erstmalig Anschluß an internationale Zugverbindungen.

Urabstimmung in Berlin

Berlin, 31. März. Die Urabstimmung der Sozialdemokraten Berlins über die Verschmelzung der SPD mit der KPD, hatte in den zwölf Berliner Kreisen, die wählen konnten, folgendes Ergebnis:

Wahlberechtigt: 35 220
Abgegebene Stimmen: 23 755
Wahlbeteiligung: rund 70 Prozent
Gegen die Verschmelzung: 19 529
Für die Verschmelzung: 2937

Die große Mehrheit der abstimmenden Berliner Sozialdemokraten hat sich damit gegen die Verschmelzung mit der KPD ausgesprochen.

In den acht Kreisen der russischen Zone Berlins war die Abstimmung im letzten Augenblick von den sowjetischen Kreiskommandanturen verboten worden.

Reichsbahn-Fahrpreise erhöht

Hamburg, 29. März. Um hundert Prozent werden ab 1. April in der britischen Zone die Normalfahrpreise, die Preise für Monats- und Teilmonatskarten, die Zuschläge für Eil- und Schnellzüge, die Preise für Fahrkarten sowie Gepäck- und Expressgutfrachten auf der Reichsbahn erhöht.

Die Preise für Arbeiterwochenkarten, Kurzarbeiterwochenkarten, Schülermonats- und Wochenkarten werden eine Erhöhung um 50 Prozent erfahren. Verschiedene frühere Ermäßigungen, wie für Blinde zu Berufsreisen, für Kleingärtner, Binnenschiffer, Zeitungsfahrer und Hausgewerbetreibende, sowie die Arbeiter-Rückfahrkarten und Schülerfahrkarten werden bei 50prozentiger Erhöhung wieder eingeführt.

61 KZ-Wachen vor Gericht

Dachau, 31. März. Der größte bisher in der amerikanischen Zone durchgeführte Kriegsverbrecher-Prozess begann am Freitag vor dem Obersten Militärgericht zur Aburteilung von Kriegsverbrechern in Dachau mit der Verhandlung gegen 61 ehemalige Wachmannschaften des Konzentrationslagers Mauthausen. Unter den Angeklagten befindet sich der frühere Gauleiter von Oberösterreich und Lagerkommandant von Mauthausen August Eigruber.

Den Angeklagten wird vorgeworfen, die Gefangenen des Lagers Mauthausen und seiner Außenstellen getötet, geschlagen, gefoltert und beleidigt zu haben.

Einheitsbriefmarken ab 1. April

Hamburg, 28. März. Einheitsbriefmarken, die von der Reichdruckerei in Berlin herausgegeben werden, gelangen ab 1. April in beschränktem Umfang zum Verkauf.

Die neuen Einheitsbriefmarken gelten in allen vier Besatzungszonen Deutschlands. Daneben behalten die bisher im Umlauf befindlichen „AM-Briefmarken“ solange Gültigkeit, bis die vorhandenen Bestände aufgebraucht sind.

Auf Landkreise mit einer Bevölkerungszahl von 50 000 und weniger entfallen 36 Vertreter, über 50 000, aber nicht über 70 000 39; über 70 000, aber nicht über 100 000 42; und zusätzlich drei Vertreter für je 50 000 Einwohner über 100 000 hinaus.

Die Hansestadt Hamburg stellt 81, das Land Bremen 60 Vertreter.

Es werden Wahlkreise errichtet, die sich aus Stadtgemeinden und Landgemeinden, Ämtern, Stadtkreisen, der Hansestadt Hamburg und dem Land Bremen zusammensetzen. Alle Wahlkreise mit Ausnahme der Ämter sind in Wahlbezirke aufzuteilen. Gemeinden mit einer Bevölkerungszahl von 3000 oder weniger brauchen nicht in Wahlbezirke aufgeteilt zu werden, wenn dies mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse als unzumutbar erscheint. Wo Wahlkreise in Wahlbezirke aufgeteilt werden, sind für jeden Wahlbezirk drei Vertreter zu wählen. Jedoch dürfen sechs Vertreter gewählt werden, sofern dies mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse angebracht erscheint. In keinem Fall dürfen für einen Wahlbezirk mehr als sechs Vertreter gewählt werden. Das Verhältnis der Vertreter zum Wählerzahl soll möglichst in allen Wahlbezirken eines Wahlkreises gleich sein.

Der Vorsitzende jedes ernannten vertretenden Rates hat unverzüglich einen von ihm ernannten Ausschuss mit der Aufgabe zu betrauen, die Grenzen der einzelnen Wahlbezirke innerhalb ihrer zuständigen Wahlkreise zu bestimmen. Es ist vorzusehen, daß ein Ausschuss zur Bestimmung der Wahlbezirke von Landkreisen oder Stadtkreisen nicht vor dem 11. Mai 1946 ernannt wird. Der für jedes Amt eingesetzte Ausschuss hat innerhalb eines solchen Amtes die Wahlbezirke aufzustellen und die Grenzen dieser Wahlbezirke sowohl für die Ämter, als auch für die Gemeindevahlen zu bestimmen. In diesem Falle erbringt es sich, für die wählenden Gemeinden einen Ausschuss einzusetzen. Die obengenannten Ausschüsse müssen aus einem unabhängigen Vorsitzenden sowie aus einem Vertreter jeder politischen Partei bestehen, die innerhalb des Wahlkreises tätig ist und von der Militärregierung anerkannt ist.

Die Ausschüsse haben das Ergebnis ihrer Arbeit bis zum 27. April 1946 zu veröffentlichen, ausgenommen die Wahlbezirke eines Landkreises, Stadtkreises, der Hansestadt Hamburg und des Landes Bremen. Soweit es sich um die Wahlbezirke eines Landkreises, eines Stadtkreises, der Hansestadt Hamburg und des Landes Bremen handelt, sollen die Arbeitsergebnisse am 8. Juni 1946 veröffentlicht werden. Die Veröffentlichung der Arbeitsergebnisse erfolgt durch Auslegen eines Exemplars zur allgemeinen Einsichtnahme während der üblichen Amtsstunden im Amtsgebäude des in Betracht kommenden ernannten vertretenden Rates.

Baldmöglichst nach dem 27. April, aber keineswegs später als am 11. Mai sollen alle bis dahin geschaffenen Wahlbezirke in Stimmbezirke eingeteilt werden. Alle Wahlbezirke, die nach dem 11. Mai 1946 geschaffen werden, sind bis spätestens 11. Juni 1946 in Stimmbezirke einzuteilen.

Die Militärregierung behält sich vor, Weisungen zu erteilen, die ihr zur Durchführung dieser Verordnung notwendig oder zweckmäßig erscheinen.

Die Verordnung tritt mit dem 18. April 1946 in Kraft.

KURZNACHRICHTEN

Washington, 28. März. Das Problem des französischen Wiederaufbaus wird in vier bis fünf Jahren gelöst werden, erklärte der französische Sonderbotschafter Leon Blum.

Washington, 28. März. 16 Prozent der amerikanischen Lebensmittellieferungen sind zur Verschiffung nach Europa vorgemerkte, wie der amerikanische Landwirtschaftsminister Anderson in Washington bekanntgab.

Buenos Aires, 28. März. Oberst Juan Peron, der Führer der argentinischen Arbeiterpartei, ist zum argentinischen Präsidenten gewählt worden, wie amtlich bekanntgegeben wurde.

Ankara, 31. März. Die Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrages zwischen der Türkei und dem Irak erfolgte am Freitag im türkischen Außenministerium.

Sofia, 31. März. Ein neues Kabinett der „Vaterländischen Front“ ohne Einschluß der Opposition wurde von dem bisherigen bulgarischen Ministerpräsidenten Kimon Georgiew gebildet.

Prag, 28. März. In Prag traf eine Abordnung der Kommission der Vereinten Nationen zur Feststellung von Kriegsverbrechen ein. Die Abordnung soll auf Einladung der tschechoslowakischen Regierung an den Verhandlungen gegen Karl Hermann Frank teilnehmen.

Kopenhagen, 30. März. Das dänische Postministerium teilt im Zusammenhang mit den Nachrichten über eine Wiederöffnung des Postverkehrs zwischen Deutschland und dem Ausland mit, daß von Dänemark aus zur Zeit keine Post nach Deutschland befördert werden kann.

Brüssel, 31. März. Ein neues belgisches Kabinett, das sich auf eine Linkskoalition stützt, hat der frühere sozialistische Ministerpräsident Belgien van Acker gebildet. Der Führer der belgischen Liberalen Partei Albert Devezze wird den Posten des stellvertretenden Ministerpräsidenten übernehmen.

London, 28. März. Der englische Außenminister Bevin gab im Unterhaus bekannt, daß die britischen Truppen Griechenland zu dem „frühesten möglichen Datum“ verlassen würden. Bevin fügte hinzu, daß die britischen Truppen zurückgezogen würden, sobald die griechischen Wahlen und die Umstände es erlaubten.

London, 30. März. Die Gewässer um die britische Insel werden schon in diesem Jahr, etwa Juni oder Juli, für die Schifffahrt mindestens ein Jahr später.

Borja, 30. März. Der Alliierte Kontrollrat unterzeichnete auf seiner 25. Sitzung in Berlin das Gesetz Nr. 21 über das „Deutsche Arbeitsgericht“, das sich mit der Gründung von Arbeitsgerichten befaßt, daß alle Streitfragen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern schlichten sollen.

Berlin, 29. März. Vom 1. April an werden die Lebensmittelrationen in der amerikanischen Be-

Die neuen Steuern

Von Dr. Kraft, Präsident der Leitstelle der Finanzverwaltung für die britische Zone

Das deutsche Volk steht vor einer Welle neuer Steuergesetze. Mit dem Entschluß zur Besteuerung ist eine wesentliche Entscheidung in der Finanzpolitik des Alliierten Kontrollrates gefallen, die für Deutschlands zukünftige Gestaltung von großer Bedeutung sein wird. Schwere wirtschafts-politische und soziologische Folgen sind mit diesen Maßnahmen verbunden. Sie werden erst in der Zukunft in voller Stärke fühlbar werden.

Der wirtschaftliche Hintergrund der neuen Gesetze ist eine Volkswirtschaft, die zerrüttet und gebietsmäßig zerrissen, mit der ungeheuren Schuldenlast des Hitlerreiches überbürdet ist. Der Kaufkraftüberhang — das Zuviel an Geld und Guthaben — bildet einen Störungsherd erster Ordnung. Der Schwarzmarkt bedroht Preisgrenzen und Bewirtschaftungsmaßnahmen. Die jetzt vorliegenden Gesetze zielen auf möglichst große Einnahmesteigerungen ab. Sie beseitigen die Mannigfaltigkeit in den Einkommenshöhen und beschränken die Lebenshaltung weiter Kreise auf den geringsten Lebensbedarf unter den jetzigen Verhältnissen.

Die Einkommensteuer ist kräftig erhöht und durchgreifend fiskalisch ausgestaltet. Der Anspannung der Steuer sind mancherlei Vergünstigungen zum Opfer gefallen. Die Bevorzugung der Familienhöfe fällt nur noch bei den niedrigen Einkommen ins Gewicht. Damit ist eine Anpassung an die Verhältnisse anderer Länder erfolgt, die eine Gestaltung der Einkommensteuer zur Herbeiführung bestimmter Erfolge in bevölkerungs- und sozialpolitischer Hinsicht nicht kennen. Wenn man berücksichtigt, daß Forderungen gegen das Reich die Steuern nicht erhöhen dürfen, daß auch die Kapitalertragsteuer auf 25 Prozent gesteigert und die Körperschaftsteuer bis auf 65 Prozent heraufgesetzt ist, so sieht man, daß die Besteuerung der Einkommen und Gewinne bis zu der Grenze durchgeführt wird, die ihr überhaupt gesetzt ist. Daß aber jedem Volksglied das objektiv Notwendige in jedem Fall belassen werden soll, gibt die neue Bestimmung zu erkennen, wonach gezahlte Vermögenssteuern bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer als Sonderausgaben oder Betriebsausgaben abgesetzt werden können. Die Vermögenssteuer wird dadurch erst tragbar. Das zeigt auch die obere Begrenzung der Einkommen- und Körperschaftsteuer einschließlich der Gewinnabführung bei 90 v. H. In Notzeiten muß immer auch die Umsatzsteuer helfen, die aber weniger gerecht ist und durch ihre Abwälzbarkeit Preise in Gefahr bringt. Offenbar hat sich deshalb der Gesetzgeber hier mit einer Steigerung um 50 Prozent begnügt. Auch die erwartete Steigerung der Erbschaftsteuer durch Bildung einer einheitlichen Steuerklasse mit Sätzen von 14—60 v. H. bei gleichzeitigem Fortfall wichtiger Befreiungen wird erheblich zu Buch schlagen.

Das Gesamtbild der Maßnahmen geht weit über das hinaus, was erwartet worden war. Ein Kaufkraftüberhang gewaltigen Ausmaßes macht aber eine entsprechende Belastung notwendig. Sicherlich ist der Einwand, daß die Besteuerung der privaten Wirtschaft keine Möglichkeit zur Kapitalbildung gibt, richtig. Diesem kann aber entgegengehalten werden, daß in der Übergangszeit, in der nur ein beschränkter Raum für eine Betätigung der Wirtschaft besteht, auch ein Substanzersatz nicht möglich ist und hierfür die Einschaltung der großen unbeschäftigten Kaufkraftreserven ausreicht. So glaube ich jedenfalls den Gesetzgeber verstehen zu müssen.

Mit Sicherheit werden in Auswirkung der Steuergesetze die öffentlichen Haushalte in Ordnung kommen. Das ist die Grundlage für die Wiedergewinnung staatlichen Kredits. Die harten Maßnahmen des Kontrollrats wollen die Inflation vermeiden. Sie wollen verhindern, daß nicht wie nach dem vorigen Kriege hemmungslos Nutznießer zu reichsten Männern werden.

Toscanini

Arturo Toscanini, Dirigent, wird am um in der Mailänder Oper von 1898 bis 1921 geben. Der jetzt seiner antifaschistischen Haltung wegen verbannt, soll verlassen und gelassen.

Köln, 28. März. Rund 500 000 Schulkinder in der Nordrheinprovinz werden jetzt von der Kinderernährung der Militärregierung versorgt. Alle Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren erhalten täglich einen halben Liter warme Suppe und eine Zusatzmenge von 80 Gramm Brot oder Kekse.

Dortmund, 30. März. Der Verleger Lensing hat sein Amt als Vorsitzender der Christlich-DEMokratischen Union in Westfalen zur Verfügung gestellt. Oberpräsident a. D. Gronowski ist auf Wunsch des Gesamtverbandes zum Vorsitzenden der CDU, Westfalen gewählt worden.

Düsseldorf, 29. März. Wegen Nichtbefolgung eines Befehls der Militärregierung wurde Niels von Bülow, der bis zum 25. März Präsident der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf war, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Nordwestdeutscher Rundfunk

Nachrichten tägl. 6.45, 9.00, 18.00, 20.00, 21.45 Uhr.
Mittwoch, 3. April: 6.30 Morgenmelodien, 6.45 Wettervorhersage, 8.30 Wasserstands-meldungen, 9.15 Schulfunk, 12.00 Blick auf die Wirtschaft der Welt, 12.15 Landfunk, 12.30 Musik, 14.00 Englische Presse, 16.30 Suchdienst, 17.15 Lebendiges Erbe, 17.45 Das gute Buch, 18.00 Streiflichter der Zeit, 22.00 Glosse und Satire, 22.15 Unterhaltungsmusik, 23.00 Tanzmusik.

Donnerstag, 4. April: 6.30 Morgenmelodien, 7.25 Haus und Gesundheit, 8.30 Wasserstands-meldungen, 9.15 Schulfunk, 12.00 Blick in die Welt, 12.15 Landfunk, 12.30 Musik, 16.30 Suchdienst, 17.00 Blick in die Kunstwelt, 17.45 Das gute Buch, 18.00 Westdeutschland spricht, 19.40 An Kreuzwegen deutscher Geschichte, 22.15 Klaviermusik, 22.45 Lyrik, 23.00 Tanzmusik.

Freitag, 5. April: 6.30 Morgenmelodien, 6.45 Wettervorhersage, 7.25 Haus und Gesundheit, 8.30 Wasserstands-meldungen, 9.15 Schulfunk, 12.00 Blick auf die Wirtschaft der Welt, 12.15 Landfunk, 12.30 Tanzmusik, 16.30 Suchdienst, 17.45 Das gute Buch, 18.30 Gartenfunk, 18.40 Das europäische Volkslied, 19.40 Die Quaker, 20.15 Sinfoniekonzert, 23.10 Unterhaltungsmusik.

Sonntag, 6. April: 6.30 Morgenmelodien, 6.45 Wettervorhersage, 7.25 Haus und Gesundheit, 8.30 Wasserstands-meldungen, 9.15 Schulfunk, 12.00 Der Jurist spricht, 12.15 Landfunk, 12.30 Tanzmusik, 16.30 Suchdienst, 17.00 Bulne und Film, 17.15 Musikalische Rundschau, 18.00 Streiflichter der Zeit, 19.40 Am Rande der Straße, 22.30 Tanz.

Druck: Verlag der Neuen Westfälischen Zeitung
Oelde 409.093, Bielefeld 415.484
Gesamtauflage 824.577

Vier Sem

In einem Vo sollen die sä den Anweisun künft für das den.

Diese Studie terfakultäten Dresden, Göttingen, eröffnet wurde, schen Vorbild, eingerichtet, d gemeinen im stunden nicht.

Das Vorse richtstunden schließt mit ei drei Hauptsem mit jeweils 40 die Arbeitsstun geteilt, die auf gestellt sind.

Schon nach semestern werde hören an einer hören dort ein Einführungsvo Man legt W nicht auf reine sondern den A auch eine besse

Technisch begin

Namens- und A

Unter dem Berlin-Charlotte nische Hochsch net werden. Die beginnen am 10

Wie die Leitu den am ersten rende teilnehme Besatzungsbehö der Zahl der A schind. Zum erst chinski ernannt für Mechanik i wesen innehat.

Durch die Um Technischen Ho zum Ausdruck a Institut die Gest noch stärker al und umfassend tet sein soll.

„Der g

In Kürze v (Nürnberg-O, F das den grauen das helle Licht d fasserin dieses die langjährige Muckermanns S, naturzeitchrift, u mann hatte sich publizistisch er gewandt, den a und jeder geistig bekämpfte. Umla Agenten mußte z zum „Staatsfein Seine engste Mi fiel den Hascher halben Jahr Ein hören wurde si schleppt, wo si sialen ein schwe diesen Erlebnisse in ihrem Buch, o voll und aufschl erschöndende Sehn auch unter den

Mangel

Immer häufiger rückkehrende Sold den. In manchen tergebracht, jedo rufen. Ein zurück und anspruchsls. Bau Deutschlands gleich welcher Art Kaufleute, Buchh in den seltenste Muß das sein, da Kontoren und A Arbeitsplatz streit Frauen war eine es auch unter ih Arbeit angewies lich den Arbeitsl Alles andere weib nach und nach bi typistinnen und S rende Soldaten

Zu dem Thema — abgesehen von Früher in dieser R sich: eine Leserin

In nicht wenige Stelle des Ernähr Jahre an einem A immer angenehm die nötige Fachau sehr wenig am Pl wurf auszuspreche Der größte Teil wiß Verständnis daten aufbringen, er sich befindet, a so soll er doch. A böses Blut in d Frauen schaffen u augenblicklichen l allen wäre liebt, kurbelung der Wir len, versteht es sic geschaffen werden.

Vier Semester Arbeiterstudium in Sachsen

In einem Vorsemester und drei Hauptsemestern sollen die sächsischen Arbeiterstudierenden nach den Anweisungen der Landesverwaltung in Zukunft für das Hochschulstudium vorbereitet werden.

Diese Studienvorbereitungskurse, auch Arbeiterfakultäten genannt, die jetzt in Chemnitz, Dresden, Görlitz, Leipzig, Plauen und Zwickau eröffnet wurden, sind nach dem sowjet-russischen Vorbild, den sogenannten „Rabfaks“, so eingerichtet, daß die Kurssteilnehmer im allgemeinen im Produktionsprozeß verbleiben. Die Arbeitszeit im Betrieb soll jedoch 30 Wochenstunden nicht überschreiten.

Das Vorsemester, das aus 32 bis 40 Unterrichtsstunden besteht und 16 Wochen dauert, schließt mit einer Eignungsprüfung ab. In den drei Hauptsemestern von ebenfalls je 16 Wochen mit jeweils 40 bis 44 Stunden Unterricht werden die Arbeiterstudierenden in vier Fachgruppen aufgeteilt, die auf die künftige Studienrichtung abgestellt sind.

Schon nach erfolgreichem Abschluß des Vorsemesters werden die Arbeiterstudierenden als Gasthörer an einer Hochschule eingeschrieben und hören dort ein vier- bis sechsstündiges Kolleg als Einführungsvorlesung ihres Fachgebiets.

Man legt Wert darauf, das Arbeiterstudieren nicht auf reine Fachausbildung zu beschränken, sondern den Arbeiterstudierenden nach Möglichkeit auch eine bessere Allgemeinbildung zu vermitteln.

Technische Universität Berlin beginnt am 9. April

Namens- und Aufgabenänderung der T. H. Berlin

Unter dem Namen „Technische Universität Berlin-Charlottenburg“ wird die frühere Technische Hochschule Berlin am 9. April neu eröffnet werden. Die Vorlesungen in allen Fakultäten beginnen am 10. April.

Wie die Leitung der Universität mitteilt, werden am ersten Semester 1500 bis 1800 Studierende teilnehmen, die auf Grund der von den Besatzungsbehörden erlassenen Richtlinien aus der Zahl der Antragsteller ausgewählt worden sind. Zum ersten Rektor wurde Professor Kucharski ernannt, der gleichzeitig den Lehrstuhl für Mechanik in der Fakultät für Maschinenwesen innehat.

Durch die Umbenennung der 1899 gegründeten Technischen Hochschule in eine Universität soll zum Ausdruck gebracht werden, daß an diesem Institut die Gestaltung von Lehre und Erziehung noch stärker als bisher auf eine allgemeinere und umfassendere Persönlichkeitsbildung gerichtet sein soll.

„Der gesegnete Abgrund“

In Kürze wird im Verlag Glock und Lutz (Nürnberg-O., Feldgasse) ein Buch erscheinen, das den grauenhaften Exzeß der KZ-Lager in das helle Licht der Scheinwerfer rückt. Die Verfasserin dieses Werkes ist Nanda Herbermann, die langjährige Privatsekretärin P. Friedrich Muckermanns S. J. und Schriftleiterin der Literaturzeitschrift „Der Gral“. Friedrich Muckermann hatte sich schon früh in scharfster Weise publizistisch und rednerisch gegen den Nazismus gewandt, den als Todfeind deutschen Wesens und jeder geistigen Freiheit er leidenschaftlich bekämpfte. Umharrt und verfolgt von Gestapo-Agenten mußte er ins Ausland flüchten, wurde zum „Staatsfeind“ erklärt und ausgebürgert. Seine engste Mitarbeiterin Nanda Herbermann fiel den Haschern in die Hände. Nach einem halben Jahr Einzelhaft in Münster und 42 Verhören wurde sie ins KZ-Lager Ravensbrück geschleppt, wo sie zwischen Kriminellen und Asozialen ein schweres Leben fristen mußte. Von diesen Erlebnissen berichtet Nanda Herbermann in ihrem Buch, das vor allem deshalb so wertvoll und aufschlußreich ist, weil es die niemals erlöschende Sehnsucht des Menschen nach Gott auch unter den „Verworfenen“ zeigt.

Toscanini fliegt nach Mailand

Arturo Toscanini, der berühmte italienische Dirigent, wird am 18. April nach Italien fliegen, um in der Mailänder Scala, an der Toscanini von 1898 bis 1929 dirigierte, sechs Konzerte zu geben. Der jetzt 79jährige Dirigent hatte wegen seiner antifaschistischen Überzeugung seine Heimat verlassen und sich in New York niedergelassen.

Gesellschaftskritiker Heinrich Mann

Am 27. März 1871 wurde dem Kaufmann und Senator der Freien und Hansestadt Lübeck Heinrich Mann der erste Sohn geboren, dem er bei der Taufe den eigenen Vornamen gab, und der vier Jahre später in Thomas einen sensiblen Bruder erhielt. Es kommt nicht häufig vor, daß aus einer Familie zwei bedeutende Schriftsteller hervorgehen, Schriftsteller, deren Werk zudem gänzlich verschieden ist.

Die Jugendgeschichte, ja sogar die Vorgeschichte dieser Familie ist bekannt durch Thomas Manns glänzendes Buch, die „Buddenbrooks“, das den kaum 25jährigen in die erste Reihe deutscher Erzähler aufsteigen ließ. Es entfaltete schon jene subtile Romankunst, die noch vor kurzem in dem Alterswerk „Lotte in Weimar“ wieder ihre eindrucksvolle Bestätigung fand. Auch Heinrich Mann wurde schon in jungen Jahren zu einem der namhaftesten deutschen Romanciers, ohne freilich je den Welterfolg seines jüngeren Bruders zu erreichen.

Bürgerverachtung und Traumwelt

Zum Unterschied von Thomas begann Heinrich Mann als Rebell und im Grunde ist er immer ein Rebell geblieben. Zunächst war seine Revolte eine rein ästhetische in der Weise des



Künstlers, der die Spießbürger verachtet, und seine Leser für die häßliche Wirklichkeit durch die farbenfrohen Geschehnisse einer Traumwelt entschädigt.

Heinrich Mann ging früh nach Italien und geriet dort unter den Einfluß von d'Annunzios eleganter Sprache und Form. Auch Nietzsches Renaissance-Auffassung hinterließ tiefe Spuren in seinem Werk. Damals schuf er in Novellen und Romanen eine dem Ausgang des 19. Jahrhunderts angepaßte Renaissancewelt. Die Romantrilogie „Die Göttingen“ (1903) ist wohl der bezeichnendste Ausdruck dieser heißblütigen Jugendperiode in seinem Schaffen, dem es um gesteigerte Kraft, Freiheit und Schönheit ging. Stärker aber wurde dann der französische Einfluß, vor allem durch die wichtige Persönlichkeit von Zola, dem Heinrich Mann noch 40 Jahre später eine Huldigung in französischer Sprache widmete. Wie Zola durch den Dreyfuß-Prozess zum unabhängigen Vorkämpfer der Gerechtigkeit wurde, so wandelte sich auch Heinrich Mann vom Ästhetischen zum Sozialkritiker. Wie Zola in Frankreich, so geißelte er den seelenzerstörenden Ungeist im deutschen Vaterland. Bei aller atzenden Schärfe, zu der die Karikaturen von George Grosz so gut passen, kam seine Kritik nicht aus dem Haß, sondern aus der Liebe, die bessern und aufbauen will.

Der Untertan am Pranger

Hinter dem Glanz und den Posaunen des mächtig vorwärts drängenden Wilhelminischen Reiches durchschaute er früh die Servilität wie das Strebertum des Obrigkeitsstaates. Schon im „Professor Unrat“ wird ein deutscher Schultyrann enthüllt, der langsam seine Macht ver-

liert und sich schließlich von einer minderwertigen Frau beherrscht läßt. (Tausende werden sich noch an den nach diesem Roman gedrehten Tonfilm „Der blaue Engel“ erinnern.)

Aber das entscheidende Werk jener Vorkriegsjahre wurde „Der Untertan“. Ironisch genug wurde dieser Roman im Juli 1914 beendet, als der Auftakt der Katastrophe des Untertanenstaates begann. Der Untertan von 1914, wie er in dieser bitterbösen Satire aus Tageslicht tritt, war derselbe Typ wie die „Kleinen Herren“ von 1835 Kriecherich nach oben, brutal nach unten, konnte dieser Typ nur durch die Psychopathologie des Machtmissbrauches und der davon Betroffenen erhellt werden.

Trotz aller Überzeichnungen, wieviel tiefer und klarer sah Heinrich Mann damals als sein Bruder Thomas, der noch 1918 sich zur Behauptung verstieg, daß „der sehr viel verschrieene „Obrigkeitsstaat“ die dem deutschen Volke angemessene, zukünftige und von ihm ihm gewünschte Staatsform ist und bleibt.“ Der Europäer Heinrich Mann dagegen bejahte schon damals die notwendige Wandlung zur Demokratie und schrieb 1917 die noch heute gültigen Worte: „Wir Deutschen haben, nun wir zur Demokratie heranzuwachsen, vor uns das allergrößte Erlebnis. Ein Volk erlangt nicht die Selbstherrlichkeit, ohne über den Menschen viel zu lernen und mit reiferen Organen das Leben zu handhaben. Das Spiel der gesellschaftlichen Kräfte liegt in Völkern, die sich selbst regieren allen Augen offen, und auch die Einzelnen dort erziehen einander, öffentlich handelnd zur Erkenntnis von ihresgleichen. Aber kommen wir nun innerlich in Bewegung, dann fallen alsbald auch die Schranken nach außen.“ Und als Verwandte auf gleichen Wegen erblicken wir die Mitvölker.“

Beisetzung des Kardinals von Galen

Der Erzbischof von Westminster bei der Trauerfeier. Größte Anteilnahme des westfälischen Landes.

Im Beisein höchster kirchlicher Würdenträger und unter größter Anteilnahme des westfälischen Landes sowie der gesamten katholischen Welt wurde am Donnerstag die sterbliche Hülle des Kardinals Clemens August Graf von Galen, Bischofs von Münster, in der St.-Ludgerus-Kapelle im Dom zu Münster zur letzten Ruhe bestattet.

Außer der gesamten Geistlichkeit des Bistums Münster und einer nach vielen Tausenden zählenden Menschenmenge nahmen der Erzbischof von Westminster, Kardinal Griffin, der Erzbischof von Köln, Kardinal Frings, und der Bischof von Berlin, Kardinal Graf von Preysing, sowie zehn deutsche Erzbischöfe und Bischöfe an den Trauerfeierlichkeiten teil.

Beileidstelegramm des Papstes

Papst Pius XII. hatte ein besonderes Beileidstelegramm gesandt und der trauernden Diözese Münster seinen apostolischen Segen erteilt. Als Vertreter der vatikanischen Mission waren Monsignore Giovannetti und Pater Josef Seiger aus Rom anwesend. Für die evangelische Landeskirche war Präsident Dr. Koch erschienen. Der britische Militärgouverneur der Provinz Westfalen, der Kommandeur des Regierungsbezirks Münster, sowie zahlreiche andere hohe Offiziere der britischen Militärregierung wohnten den Trauerfeierlichkeiten bei.

Am Donnerstagvormittag begann in der Heilig-Kreuz-Kirche das feierliche Pontifikal-Requiem, das Kardinal Graf von Preysing unter großer Assistenz zelebrierte. Zunächst zogen die drei Kardinalen im großen Ornat, die Mitra auf dem Haupte, Hermelin-Mäntel um die Schultern und mit langer Purpurschleife in die Kirche ein. Im Chor war der Sarg des toten Kardinals aufgebahrt. Zu seinem Haupt stand der Bischofsstab, und darauf lagen die Mitra, der Kelch und das Pallium sowie der Kardinalshut.

Die Gedenkrede für den toten Kardinal

Der Kölner Erzbischof, Kardinal Frings, bestieg dann die Kanzel, um die Gedenkrede auf den

Als Schriftsteller wie als Mitglied der preussischen Akademie der Künste bemühte sich Heinrich Mann während der Weimarer Republik nach besten Kräften mitzuhelfen, daß das deutsche Volk sich friedlich in die europäische Völkergemeinschaft einordne. Die ausgezeichnete Essay-Sammlung „Geist und Tat“ (1931), die große Gestalten der französischen Geisteswelt darstellt, ist ein Beweis dafür. Aber alle seine Mahnrufe waren umsonst, und als im Frühjahr 1933 Hitler zur Macht kam, da verließ der schon 62jährige bitteren Herzens Deutschland, gefolgt von seinem unpolitischen Bruder.

Im Exil

Von Frankreich aus schleuderte er dann geharnischte Manifeste gegen die Obrigkeit des „Dritten Reiches“ und warnte die ganze Welt vor der kommenden Universalkatastrophe. Mit zwei bedeutenden Schriftstellern, den Franzosen André Gide und dem Engländer Aldous Huxley, mit „den Verwandten auf gleichen Wegen“, gab Heinrich Mann damals eine gehaltvolle Monatschrift „Die Sammlung“ in Amsterdam heraus. Der erzwungene Aufenthalt in Frankreich sollte besonders dem Künstler zugute kommen. Es entstand die fesselnde Lebensgeschichte des französischen Königs Heinrich IV., die zu den besten Büchern von Heinrich Mann gehört. Mit ihrer Mischung von Abenteuerlust, politischer Intrigue und Erotik war die Laufbahn dieser bedeutenden Gestalt wie geschaffen für einen historischen Roman großen Stils. Die längst vermoderten Männer und Frauen des 16. Jahrhunderts nehmen hier neues Leben an und halten den Leser in atemloser Spannung. Wie verschiedene ist auch da wieder die unverblühte Plastik und Handgreiflichkeit Heinrichs von der feineren, aber auch blässlerischen Psychologie und Ironie von Thomas.

Heute verbringen die beiden ungleichen Brüder ihren Lebensabend gemeinsam in Amerika.

toten Kardinal und Freund zu halten. Er sprach von der Vergänglichkeit alles Irdischen und der Ewigkeit des Geistes und erinnerte daran, wie Graf von Galen zusammen mit ihm und den Kardinalen Preysing und Griffin erst vor wenigen Wochen vom Heiligen Vater in Rom den Kardinalshut empfangen habe. Er schilderte dann noch einmal den dramatischen und harten Kampf Galens für Recht und Gerechtigkeit, der ihm in schwerster Gegnerschaft zum Nationalsozialismus gebracht und ihm in Rom den Ehrennamen „Der Löwe von Münster“ eingebracht habe.

Die Beisetzung

Am frühen Nachmittag begann die feierliche Überführung des Kardinals Graf Galen nach der St.-Ludgerus-Kapelle im Hohen Dom, die er sich selbst als letzte Ruhestätte ausgewählt hatte. Über eine halbe Stunde währte der Trauerkondukt durch die geschmückten Straßen der schwer zerstörten Stadt, in der Zehntausende von Menschen Spalier standen, um von ihrem toten Bischof Abschied zu nehmen. Den Trauerzug eröffneten die Jugendbünde und die Arbeitervereine, denen Ordens- und Weltgeistliche im Ornat langsamen Schrittes folgten. Dann kamen das Domkapitel und die Prälaten, die katholischen Professoren der Universität, schließlich die Bischöfe, Erzbischöfe und Kardinal. Ihnen folgte, von vier Rappen gezogen und von Malteser-Rittern begleitet, der Sarg mit dem toten Kardinal.

Der Kardinal wurde in die ausgewerkte, mit Tannengrün abgeschlagene Gruft der St.-Ludgerus-Kapelle des schwer zerstörten Domes gebettet. Damit hatte Kardinal Graf Clemens August von Galen seine letzte Ruhestätte gefunden, nach einem Leben der Arbeit und des Kampfes für Religion und Recht, für Freiheit und Würde, einem Leben, das seinen Namen in der ganzen Welt bekanntgemacht hat.

Briefe an die NWZ

Mangel an Arbeitsplätzen?

Immer häufiger treten Fälle auf, in denen zurückkehrende Soldaten keine Beschäftigung finden. In manchen Fällen werden sie wirklich untergebracht, jedoch selten in ihren erlernten Berufen. Ein zurückkehrender Soldat ist genötigt, ein anspruchsloses, er ist bereit, wieder am Aufbau Deutschlands mitzuhelfen und greift zu, gleich welcher Art die Arbeit ist. Fachkräfte wie Kaufleute, Buchhalter, Prokuristen usw. finden in den seltensten Fällen in ihren Beruf zurück. Muß das sein, daß heute noch in fast allen Büros, Kontoren und Ämtern, Frauen den Männern den Arbeitsplatz streitig machen? Der Einsatz der Frauen war eine Kriegsmaßnahme. Gewiß gibt es auch unter ihnen viele alleinstehende Frauen, welche Ernährer ihrer Familie und somit auf die Arbeit angewiesen sind. Ihnen kann man natürlich den Arbeitsplatz nicht einfach nehmen. Alles andere weibliche Personal könnte jedoch nach und nach bis auf wenige, wie z. B. Stenotypistinnen und Sekretärinnen, durch zurückkehrende Soldaten ersetzt werden.

Heinz Meyer, Beckum.

Zu dem Thema „Frauenarbeit oder nicht?“ das — abgesehen von dem obigen Brief — auch schon früher in dieser Rubrik diskutiert wurde, äußert sich, eine Leserin u. a. wie folgt:

In nicht wenigen Familien mußte die Frau die Stelle des Ernährers übernehmen. Sie stand sechs Jahre an einem Arbeitsplatz, der bestimmt immer angenehmer war, vielleicht eben weil ihr die nötige Fachausbildung fehlte. Es ist jedoch sehr wenig am Platze, diesen Umstand als Vorwurf auszusprechen.

Der größte Teil der Frauen wird ganz gewiß Verständnis für den heimkehrenden Soldaten aufbringen, und wenn die Situation, in der er sich befindet, auch nicht gerade die beste ist, so soll er doch Anklagen unterlassen, die nur böses Blut in den Reihen der berufstätigen Frauen schaffen und uns bloß das Mißliche der augenblicklichen Lage vor Augen führen. Uns allen wäre lieber, sie wäre anders. Bei der Ankurbelung der Wirtschaft, auf die wir alle warten, versteht es sich von selbst, daß wieder Wege geschaffen werden, die diese Notstände besei-

tigen. Uns bis dahin das Dasein nicht gegenständig zu verbittern, ist eine Mahnung, die nicht nur auf diesem Gebiet notwendig ist.

Inge Mitzkewitz, Lendringen.

Die Jugend an das Alter

Herr M. Braune (Lütte, Krs. Lemgo) schreibt in Nr. 82 ein Wort der älteren Generation an die Jugend. Ich möchte nun hierzu einmal die Stellungnahme der Jugend äußern.

Ich frage Herrn M. Braune, wer eigentlich dem Nationalsozialismus zur Macht verholfen hat? Doch nicht etwa die heutige Jugend, denn wir waren damals ja noch gar nicht fähig, auch nur irgendein eigenes Urteil zu bilden, da wir größtenteils doch alle noch zur Schule gingen und überhaupt keine Ahnung von Politik hatten. Nein, die Jugend hat damit nichts zu tun; die Schuld, wenn man in diesem Falle überhaupt von Schuld sprechen darf, trifft nur die ältere Generation. Sie hat durch ihre Stimmen dem Nazismus zur Macht verholfen und dadurch diesen Leuten die Erziehung der Jugend zum Hitlerismus freigegeben. Warum haben sich denn die Älteren und Erfahrenen nicht dagegen aufgelehnt, als man die gesamte Jugend zum Dienst in der HJ zwang? Es ist wohl auch nicht ganz richtig, wenn man Ansprüche irgendwelcher großwahn sinniger HJ-Führer, wie „Kirchhofsgemüse“ oder ähnliches, zur Meinung der breiten Masse der Jugend macht. Ich glaube vielmehr, daß jeder von zu Hause aus gut erzogene junge Mensch auch während der Nazizeit das Alter geehrt hat. Nun aber, nachdem die Jugend in ihre zerstörte Heimat zurückgekehrt ist, um sie sich wieder aufzubauen, will man ihr das Recht dazu absprechen. Ja, nach Ansicht des Herrn M. Braune sollen wir erst einmal uns die Welt ansehen, den Aufbau aber sollen wir denjenigen überlassen, die schon einmal dazu beigetragen haben, unsere Heimat ins Unglück zu stürzen.

Wer garantiert uns denn dafür, daß wir nicht noch einmal wieder die Suppe auslöffeln müssen, die uns die ältere Generation eingebracht hat? Nein, wenn einer Interesse am Aufbau Deutschlands zu einer gesunden Demokratie hat, ist es die Jugend, denn sie muß schließlich noch viel

länger in diesem Reich leben als die ältere Generation. Damit soll nun nicht gesagt sein, daß die ältere Generation überhaupt nichts zu sagen hat, nein, sie soll mit ihren Kenntnissen und Erfahrungen der Jugend beim Aufbau helfen. Nur so können wir vielleicht noch einmal bessere Zeiten erleben, denn ohne den Idealismus der Jugend geht es nun einmal nicht.

Ch.-Hugo Voigt, Schwerte.

Arbeitswillige Kräfte in der Landwirtschaft!

Angesichts der katastrophalen Versorgungslage muß alles daran gesetzt werden, Lebensmittel auf jede nur erdenkliche Art zu erzeugen. Infolge der fehlenden künstlichen Düngemittel ist dies nur mit viel Fleiß und sehr intensiver Arbeit möglich. Und wie steht es nun mit Arbeitskräften in den landwirtschaftlichen Betrieben? Auf vielen mittleren und größeren Bauernhöfen arbeitet der Besitzer allein mit seiner Frau. Nach Abzug der Ausländer im vorigen Jahr ist es oft bis jetzt noch nicht gelungen, Ackerknechte und Dienstmädchen zu bekommen. So wirtschaftet manche Bauernfrau allein und muß manchmal noch mehrere Kleinkinder betreuen. Der Viehstall mit 5—8 Kühen, dazu das Jungvieh und die Schweine wollen ebenfalls versorgt sein.

Auf dem Acker ist es das gleiche. Dann wundert man sich, daß die Marktleistungen rapide sinken, weil in Haus und Garten und auf dem Felde nicht mehr soviel erzeugt wird und manches verdirbt. Es standen so z. B. in hiesiger Gegend Kornmieten aus der überjährigen Ernte (1944) bis vor kurzem ungedroschen auf dem Felde und manches verderbt, weil die erforderlichen Arbeitskräfte auf den Gütern fehlten. So geschahen im Angesicht einer drohenden Hungersnot, wo anderseits Tausende ohne volle Arbeit sich herumdrückten.

Also: Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, aber arbeitswillige, nicht solche, die nach acht Tagen sich bereits für die nächsten 14 Tage mit einem Rucksack voll Lebensmittel beurlauben lassen wollen. Solange wir nicht wieder alle Mann zusammen und hart arbeiten, solange werden wir eben hungern müssen.

Martin Müller, Harren über Paderborn.

(Die in der NWZ veröffentlichten Briefe geben der Leserschaft die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung, ohne daß die Schriftleitung sich mit Inhalt und Form der veröffentlichten Briefe identifiziert.)

Sport der NWZ

Ein weiterer Schritt zur Einigung im westfälischen Sport

In Fortführung der am 19. März beschlossenen Zusammenarbeit zwischen dem Volkssportverband Westfalen und dem WSV, fand nunmehr am 28. März eine erneute Tagung statt, die ein weiterer Schritt für den Neuaufbau des westfälischen und damit in Kürze sicherlich auch des gesamten westdeutschen Sports (an der Tagung nahmen auch Vertreter des Rheinischen Sportverbandes teil) bedeutete.

In der Entscheidung dieser zweiten Tagung heißt es: 1. Der Volkssportverband Westfalen und der Volkssportverband des WSV, sowie alle Fachschaften bilden in Zukunft gemeinsame Organisationen. 2. Aufgebaut wird in Zukunft eine gemeinsame Organisation (politischer Kreise) mit dem Ziel einer späteren Dachorganisation. 3. Da, wo bisher nur eine Interessengruppe in einem Kreis vorhanden war und durch Wahlen durchgeführt wurden, erfolgen Neuwahlen nicht mehr. Dort, wo beiderseitige Gruppenvertreter sind, sind Neuwahlen vorzunehmen. Einmal hat bei diesen Fachschaftstagungen eine Stimme. Das Stimmrecht hat jeder Verein selbst auszuüben. 4. Diese Erklärung gilt für alle Fachschaften. 5. Es wird vorgeschlagen, daß alle Verbände vorläufig den Namen Kreisverband für Leibesübungen annehmen. Unterzeichnet ist diese Entscheidung von Vertretern der beiden Verbände: Kauermann, Elcmann, Overmann, Kämpchen, Däumle und Wagendorf.

Fußballergebnisse vom Sonntag

Westfälische Liga: Westfalia Herne — FC Schalke 04 3:1 (0:0). SpVg. Rhölinghausen — Union Gelsenkirchen 5:1. VfL 48 Bochum — SG Wattenscheid 0:1. STV. Horst, Emischer — SG Wattenscheid 0:1. Borussia Dortmund — SpVg. Herford 3:0. SpVg. Erkenschwick — VfB. Bielefeld 6:8. Arminia Bielefeld — VfL. Altenbörge 0:1.

Oxford schlug Cambridge mit drei Längen

Mit einem sicheren Sieg von drei Längen gewann am Sonntagabend das Boot der Oxforduniversität den klassischen Ruderkampf gegen Cambridge in der guten Zeit von 19 Minuten und 45 Sekunden. Die Rekordzeit der Regatta beträgt 18 Minuten und drei Sekunden, und wurde von Cambridge vor zwölf Jahren erreicht. Oxford gewann mit diesem Erfolg die Langzeit der Regatta seit 1914 und löste Cambridge in London dem großen sportlichen Ereignis bei, dem ersten seit Kriegsbeginn.

Die deutsche Nachkriegswirtschaft

55 Prozent der deutschen Industrie bleiben erhalten

Der Plan für den Umfang der deutschen Nachkriegswirtschaft, dessen Verwirklichung das Leben jedes einzelnen Deutschen auf das stärkste beeinflussen wird, ist jetzt bekanntgegeben worden. Der Plan bedarf der Zustimmung des Kontrollrates, bevor er in Kraft gesetzt wird. Im einzelnen gibt der Plan eine Übersicht über die zugelassene deutsche Rohstoff- und Fertigwarenindustrie und stellt fest, welche Industrien ausgemerzt werden, welche Industrien beschränkt weiterarbeiten dürfen und welche Zweige der Wirtschaft ohne Einschränkung arbeiten können.

Die allgemeine Höhe der Industrieproduktion wurde nach dem Plan etwa 50 bis 55 Prozent der Produktionshöhe von 1938 betragen. Diese Ziffern beziehen sich auf die Industrie als Ganzes und nicht etwa auf die einzelnen Industriezweige oder Unternehmungen. Nicht eingeschlossen in diese Ziffern sind die Baubauindustrie und die Baustoffindustrie.

Deutschland als Wirtschaftseinheit

Nach dem Plan wird Deutschland als eine Wirtschaftseinheit betrachtet. Der Plan nimmt an, daß die Nachkriegsbevölkerung Deutschlands 66,5 Millionen Menschen betragen wird. Schließlich wird in dem Plan vorausgesetzt, daß deutsche Exporte auf den internationalen Märkten abgesetzt werden können.

Für das Jahr 1949 soll der Wert des deutschen Exportes drei Milliarden Reichsmark betragen (nach dem Wertmaßstab von 1936). Der Plan sieht vor, daß für Nahrungs- und Futtermittelindustrie nicht mehr als 1/5 Milliarden Reichsmark verwendet werden. Nach Genehmigung dieses Planes wird eine Liste derjenigen Unternehmungen aufgestellt werden, die für Reparationszwecke verfügbar sind. Der Plan hat folgenden Wortlaut:

Alliiert Kontrollrat: Plan für Reparationen und für den Umfang der deutschen Nachkriegswirtschaft in Übereinstimmung mit dem Berliner Protokoll

1. Nach dem Berliner Protokoll ist der Alliierte Kontrollrat angewiesen, den Umfang und den Charakter der industriellen Ausrüstung zu bestimmen, die für die deutsche Friedenswirtschaft notwendig und deshalb für Reparationszwecke verfügbar ist.

Die leitenden Grundsätze des Planes für die Reparationen und für den Umfang der deutschen Nachkriegswirtschaft sind nach dem Berliner Protokoll folgende:

Eingeschränkte Industriezweige

Metallurgische Industrie

5. Stahl: a) Die Produktionskapazität der Stahlindustrie, die in Deutschland beibehalten wird, soll 7,5 Millionen Tonnen betragen. Diese Menge soll der Nachprüfung zum Zwecke einer weiteren Herabsetzung unterliegen, falls dies notwendig erscheinen sollte. b) Die zugelassene Stahlherzeugung in Deutschland sollte ohne die besondere Zustimmung des Alliierten Kontrollrates in Zukunft pro Jahr 5,5 Millionen Tonnen nicht übersteigen. Diese Zahl bezieht sich auf die Produktion, die im Vergleich mit der Produktion von 1938 überprüfbar ist. c) Die auf Grund des vorliegenden Planes in Deutschland zu beibehaltenden Stahlarbeiten sollen, soweit als möglich, die älteren sein.

6. Nichtmetallurgische: Der jährliche Verbrauch von Nichtmetallen, einschließlich der Ausfuhr von Erzeugnissen, die diese Metalle enthalten, wurde auf folgende Mengen festgesetzt: Kupfer 140 000 Tonnen, Zink 135 000, Blei 120 000, Zinn 8000, Nickel 1750 Tonnen.

Chemische Industrie

7. a) Chemische Grundstoffe. In den Industrien der chemischen Grundstoffe, werden 40 Prozent der Produktionskapazität von 1938 beibehalten. Diese Menge soll der Nachprüfung zum Zwecke einer weiteren Herabsetzung unterliegen, falls dies notwendig erscheinen sollte. b) Die zugelassene Herstellung von chemischen Grundstoffen in Deutschland sollte ohne die besondere Zustimmung des Alliierten Kontrollrates in Zukunft pro Jahr 5,5 Millionen Tonnen nicht übersteigen. Diese Zahl bezieht sich auf die Produktion, die im Vergleich mit der Produktion von 1938 überprüfbar ist. c) Die auf Grund des vorliegenden Planes in Deutschland zu beibehaltenden chemischen Grundstoffe sollen, soweit als möglich, die älteren sein.

Verbotene Industrien

2. Um das deutsche Kriegspotential auszumerzen, ist die Produktion von Waffen, Munition und Kriegsmaschinen sowie aller Arten von Flugzeugen und Seeschiffen verboten und wird verhindert werden. Die gesamte industrielle Ausrüstung für die Herstellung folgender Erzeugnisse soll ausgemerzt werden: synthetische Benzin und Öl, synthetischer Gummi, synthetischer Anilin, Kugeln und Rollenlager, schwere Werkzeugmaschinen bestimmter Typen, schwere Traktoren, Primär-Aluminium, Magnesium, Beryllium, Vanadium, das aus Thomschlacke hergestellt wird, radioaktive Stoffe, Wasserstoff, über 30 Prozent, Stärke, besondere Kriegsmaschinen und Gase, Funksondarausrüstungen.

Produktionsmöglichkeiten für synthetisches Benzin und Öl, synthetischen Ammoniak und synthetischen Gummi sowie von Kugeln und Rollenlagern sollen, zeitlich begrenzt, beibehalten werden, um die Eigenbedürfnisse zu befriedigen, die die notwendigen Einfuhren verfügbar sind und bezahlt werden können.

mit Hilfe des synthetischen Ammoniakverfahrens beibehalten werden, bis die notwendigen Einfuhren von Stickstoff verfügbar sind und bezahlt werden können.

3. Andere Chemikalien: Die Produktionskapazität für die Gruppe der „Andere Chemikalien“ wird in Höhe von 70 Prozent der Produktionskapazität von 1938 gemessen an den Verkäufen mit dem Wertmaßstab von 1936 beibehalten werden. Diese Gruppe schließt Chemikalien für Baustoffe, Farbstoffe, Verklebungsmittel, plastische Massen und andere chemische Produkte ein.

4. Farben, pharmazeutische Produkte und synthetische Fasern. In der Pharmazeutischen Industrie wird die Kapazität für eine jährliche Erzeugung von 80 Prozent der Produktion von 1936 gemessen an den Verkäufen mit dem Wertmaßstab von 1936 beibehalten. Die Produktionskapazität für eine jährliche Erzeugung von 80 Prozent Farben und 185 000 Tonnen synthetischer Fasern wird beibehalten.

Fabrikation von Maschinen

8. Maschinenerstellung, Maschinenbau: a) Werkzeugmaschinen. Für die Werkzeugmaschinenindustrie werden 11,4 Prozent der Kapazität von 1938 beibehalten mit zusätzlichen Beschränkungen für Typen und Größe der zu bauenden Werkzeugmaschinen. b) Schwere Maschinenbau. In der Industriezweigen des schweren Maschinenbaus werden 81 Prozent der Kapazität von 1938 beibehalten. Diese Industrien stellen die Ausrüstung für die Metallindustrie her. Schwere Bergwerksmaschinen, Anlagen zur Materialförderung, schwere Kraft-

maschinen - Kessel und Turbinen, Antriebsmaschinen, schwere Kompressoren und Turbinengehäuse sowie Pumpen. c) Anderer mechanischer Maschinenbau. In den anderen mechanischen Maschinenbauindustrien werden 50 Prozent der Kapazität von 1938 beibehalten. Diese Gruppe stellt Konstruktionsausrüstungen her, Textilmaschinen, Ausrüstungen für Verbrauchsgüter, Maschinen für kleine Werkzeuge, Ausrüstungen für Nahrungsmittelverarbeitung, Holzverarbeitungsanlagen und andere Maschinen und Apparate.

Elektroindustrie

d) Elektrofabrikation. Die Elektroindustrie wird auf die Hälfte der Produktionskapazität von 1938 - nach den Verkäufen im Wertmaßstab von 1936 - eingeschränkt werden. Die Kapazität der Produktion schwerer elektrischer Ausrüstungen wird auf 30 Prozent der Produktion von 1938 oder 40 Millionen Reichsmark nach dem Wert von 1936 herabgesetzt sein. Zu schwerer elektrischer Ausrüstung zählen Generatoren und Umformer von 6000 Kilowatt und darüber, Hochspannungsschaltgerät und große Transformatoren für 1500 Kilowatt und darüber.

e) Elektrofabrikation außer der schweren Elektroausrüstung. Die Elektroindustrie wird auf die Hälfte der Produktionskapazität von 1938 - nach den Verkäufen im Wertmaßstab von 1936 - eingeschränkt werden. Die Kapazität der Produktion leichter elektrischer Ausrüstungen wird auf 30 Prozent der Produktion von 1938 oder 40 Millionen Reichsmark nach dem Wert von 1936 herabgesetzt sein. Zu leichter elektrischer Ausrüstung zählen Lampen, elektrische Heizungen und Haushaltsgeräte, Radios und Draht, Telefonen und Telegrafenausrüstungen, Radioapparate für den Hausgebrauch und andere elektrische Ausrüstungen. Der Export bestimmter Funkempfänger ist verboten.

Fabrikation von Transportmitteln

e) 1. In der Industrie für selbstbewegliche Fahrzeuge wird die Jahresherzeugung auf 80 000 Automobile (davon 40 000 Personenkraftwagen und 40 000 Lastwagen) und 4000 leichte Straßenschlepper begrenzt werden.

2. 10 000 Motorräder mit einem Zylinderhub zwischen 50 und 250 Kubikzentimeter dürfen gebaut werden. Die Herstellung von Motorrädern mit einem Zylinderhub, der 250 Kubikzentimeter überschreitet, ist verboten.

3. Im Lokomotivbau wird die zur Verfügung stehende Kapazität nur zur Reparatur der gegenwärtigen Lokomotivbestände verwendet werden, um einen Lokomotivbestand aufzubauen, der im Jahre 1949 15 000 Maschinen umfassen soll. Eine Entscheidung über den Neubau von Lokomotiven nach 1949 wird später erfolgen.

4. Zum Bau von jährlich 50 000 Güterwagen, 1250 Personenzugwagen und 400 Güterzugwagen wird eine ausreichende Produktionskapazität beibehalten werden.

Landwirtschaftliche Maschinen

f) Um eine Steigerung der Landwirtschaft auf der Grundlage der Erzeugung von 55 Prozent der Produktionskapazität für 10 000 leichte Ackertraktoren beibehalten werden. Die gegenwärtige Produktionskapazität für andere landwirtschaftliche Geräte, die auf 50 Prozent des Standes von 1938 geschätzt wird, wird beibehalten werden. Die Kapazität der zu produzierenden Geräte wird an der Erzeugung von 50 Prozent der Produktionskapazität der landwirtschaftlichen Transport- und Ackerbaumaschinen in Rechnung gesetzt werden.

Optische und Präzisionsinstrumente

g) Die Erzeugungskapazität von Präzisionsinstrumenten wird zu einem Herstellungswert von 340 Millionen Reichsmark - nach dem Wert von 1936 - beibehalten werden. Davon wird eine Erzeugungskapazität von 200 Millionen Reichsmark schätzungsweise für den innerdeutschen Gebrauch und 140 Millionen Reichsmark für den Export bestimmt. Eine weitere Begrenzung dieser Industrie ist möglich und abhängig von den Richtlinien des Komitees zur Liquidierung des Kriegspotentials.

Bergbauindustrien

9. a) Kohle. Bis zu einem anderen lautenden Entscheid des Kontrollrates wird die Kohlerzeugung und -abfuhr so weit gesteigert werden, wie Ausrüstung und

Transportmittel es erlauben. Die unterste Grenze der Produktion wird auf 135 Millionen Tonnen Hartkohle geschätzt, darunter mindestens 45 Millionen Tonnen für Ausfuhrzwecke. Um ein Maximum an Kohleproduktion zu erzielen werden die nötigen Hilfsmittel und Einrichtungen bereitgestellt werden. b) Fottasche. Die Herstellung von Fottasche wird auf über 100 Prozent des Standes der Erzeugung von 1938 geschätzt.

10. Elektrische Energie. Eine installierte Kapazität von 9 Millionen Kilowatt wird beibehalten werden.

11. Zement. Eine Produktionskapazität von 8 Millionen Tonnen Zement wird jährlich beibehalten werden.

Andere Industrien

12. Folgende Industrieerzeugung wird für die deutsche Wirtschaft im Jahre 1949 als notwendig erachtet: a) Gummi. 30 000 Tonnen, einschließlich 20 000 Tonnen wieder verarbeiteter Gummi und 10 000 Tonnen aus Elfenbein. b) Papier. 200 000 Tonnen, einschließlich 100 000 Tonnen für den Export. c) Textilien und Bekleidung. 650 000 Tonnen Textilien, wobei 10 Kilogramm pro Kopf für das Jahr 1949 berechnet sind, einschließlich zwei Kilogramm für den Export. d) Stiefel und Schuhe. 113 Millionen Paar, wobei 1,7 Paar auf den Kopf der Bevölkerung berechnet sind. Diese Ziffer schließt die Bedürfnisse der Besatzungstruppen nicht ein. Die Produktion kann die Voraussetzungen in dieser Rubrik - andere Industrien - überschreiten, falls es vom Kontrollrat nicht anders bestimmt wird.

Baugewerbe

13. Eine Grenze für das Jahr 1949 wird nicht festgelegt. Die Industrie wird sich frei innerhalb der Grenzen der zur Verfügung stehenden Hilfsmittel und des Bewirtschaftungssystems bewegen können. 14. Industrien für Baumaterial (außer Zement). Die gegenwärtige Erzeugungskapazität für Baumaterialien wird beibehalten werden. Die Produktion wird im Einklang stehen mit der Bauzulassung und den Exportbeschränkungen.

Andere nicht beschränkte Industrien

15. Für folgende Industrien wurden für das Jahr 1949 keine Beschränkungen festgelegt. Sie können sich frei innerhalb der Grenzen der zur Verfügung stehenden Materialien entwickeln. Diese Industrien sind: Möbel- und Holzverarbeitungsindustrie, Flaschen-, Flaschen- und Haushaltsgegenstände, Keramikwaren, Fahrräder, Motorräder unter 50 Kubikmeter Hubraum, Fottasche.

16. Die allgemeine Auswirkung des Planes auf den Stand der Industrie als Ganzes wird schätzungsweise eine Minderung des Vorkriegsstandes von 1938 auf etwa 50 bis 55 Prozent bedeuten (ausgenommen Baubauindustrie und Baustoffindustrie).

Ausfuhr und Einfuhr

17. Über Ausfuhr und Einfuhr wurde folgendes Übereinkommen erzielt: a) Der Wert der Ausfuhr aus Deutschland wird für 1949 auf drei Milliarden Reichsmark - nach dem Wert von 1936 - geplant. Es soll eine ausreichende inländische Kapazität vorhanden sein, um Güter bis zur Höhe dieses Wertes zu erzeugen und den Eigenbedarf Deutschlands in Übereinstimmung mit der Potsdamer Erklärung zu decken.

b) Die genehmigte Einfuhr wird drei Milliarden Reichsmark - nach dem Wert von 1936 - nicht überschreiten im Vergleich zu 4,2 Milliarden Reichsmark im Jahre 1936.

c) Vom Gesamtwert aus der Ausfuhr können schätzungsweise nicht mehr als 1/5 Milliarde Reichsmark zur Bezahlung von Nahrungs- und Futtermitteln verwendet werden, falls in dieser Höhe benötigt werden. Dabei wird festgelegt, daß der Betrag, der nach Bezahlung aller vom Kontrollrat genehmigten Einfuhren übrig bleibt, nicht für Nahrungs- und Futtermittel benötigt wird, zur Bezahlung von Kosten der Besatzung und Dienstleistungen wie Transporte, Versicherungen usw. dienen soll.

Festsetzung der Kapazitäten für Reparationsleistungen

18. Nach Genehmigung dieses Planes sollen die vorhandenen Kapazitäten der einzelnen Produktionszweige näher bestimmt werden, und es soll eine Liste über die Unternehmungen aufgestellt werden, die für Reparationsleistungen in Frage kommen. 19. Wenn über die Punkte, die jetzt dem Koordinierungsausschuß vorliegen, entschieden worden ist, wird das Wirtschaftsdirektorat den Vorschlag zur Vorbereitung des endgültigen Planes unterbreiten, der diese Entscheidungen umfaßt und eine Beschreibung der verschiedenen Einzelheiten des Planes einschließlich der Abrüstung, Reparationen, deutsche Nachkriegswirtschaft und deutsche Handelsbilanz, Berlin, März 1946.

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Provinz Westfalen, Lippe und Schaumburg-Lippe. Die Militärregierung Westfalen Regional Food Team, Unna-Königsborn, ordnet folgendes an: Es ist sofort eine allgemeine Pferdeabzählung und -musterung sowie Erfassung des Überbestandes an Pferden durchzuführen. 1. Meldepflichtig sind sämtliche Pferde einschließlich Kleinpferde, Ausgeschlossenen hiervon bleiben unter Tage eingetragene Pferde im Bergbau und angestrichelte Zuchtpferde. Die Musterung wird von den Vorsitzenden der Musterungskommissionen örtlich bekanntgegeben. 2. Jeder Eigentümer, Besitzer und Halter von Pferden hat der Musterungskommission seines Wohnortes eine genaue schriftliche Aufstellung aller Pferde, von denen er zur Zeit des Inkrafttretens der Verordnung Eigentümer, Besitzer und Halter ist, anzugeben, unter Angabe des Geburtsdatums, des Alters, Geschlechts, der Rasse (Warmblut, Kaltblut, Mischblut, Vollblut, Traber oder Kleinpferd), der Farbe, Abzeichen und des Besitzverhältnisses (bei Leih- oder Pensionspferden ist der Eigentümer anzugeben). 3. Vorzuführen sind alle über 6 Monate alten Pferde. 4. Die bei der Musterung und Zählung festgestellten Schlacht- und überzähligen Pferde sind reslos den Kreisbauernschaften anzugeben. 5. Alle Nutzpferde, die verkauft, vermietet oder verleiht werden sollen, sind dem Kreisbauernführer ab sofort zu melden und anzudeuten. 6. Natürliche und juristische Personen, die einen landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betrieb nicht besitzen, dürfen nur mit Genehmigung der unteren Verwaltungsbehörde Eigentümer, Besitzer oder Halter von Pferden sein. 7. Pferdehändler sind es verboten, Pferde zu veräußern oder zu vermieten, derartige Verträge sind ab sofort ungültig. 8. Verstöße gegen diese Verordnung werden mit Geldstrafe und Gefängnis oder einer dieser Strafen bestraft. 9. Pferde, die gemäß dieser Verordnung nicht angemeldet, angemeldet oder vorgeführt werden, sind durch die untere Verwaltungsbehörde beschlagnahmt einzuschießen. 10. Gewerbetreibende, die gegen Bestimmungen dieser Verordnung verstoßen, kann auf Zeit oder Dauer der Betriebsschließung verurteilt werden. 11. Die Kreisbauernschaften sind verpflichtet, die Einhaltung dieser Bestimmungen zu überwachen und die Erfassung des Überbestandes an Pferden, den genauen Wortlaut der Verordnung ist im Mitteilungs- und Verordnungsblatt des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen bekanntgegeben.

An die Jugoslawen in Deutschland

- Na osnovu člana 2. odloka od 30. novembra 1943. godine o vrhovnom zakonodavnom i izvršnom organu narodne vlasti u Jugoslaviji kao privremenu organu vrhovne narodne vlasti u Jugoslaviji i na osnovu rezolucije od 10. avgusta 1945. godine o promeni naziva Antifascističkog veka narodnog oslobođenja Jugoslavije u Privremenu narodnu skupštinu Demokratske Federativne Jugoslavije, a na predlog Ministra unutrašnjih poslova savezne vlade, Privremena narodna skupština Demokratske Federativne Jugoslavije donosi:

ZAKON

O ODUZIMANJU DRŽAVLJANSTVA ONICIMA I PODOČICIMA BIJEJE JUGOSLOVENSKE VOJSKE, KOJI NEĆE DA SE VRATE U OTADZBINU I PRIPADNICIMA VOJNIH FORMACIJA KOJI SU SLUŽILI OKUPATORU I ODBEGILI U INOSTRANSTVO.

Član 1. 1) Svi od neprijatelja zarobljeni ili internirani aktivni ili rezervni oficiri i podoficiri bijele Jugoslovenske vojske, koji odbiju da se vrate u Otadžbinu sa ostalom većinom bijele Jugoslovenske vojske, pripadnicima interniranih dobrovoljno osuđenih izvan Otadžbine, koje Jugoslovenske vojske u Otadžbini, četnici, ustase, Srpske državne straze, domobrani itd.) koji su se teritoriju Jugoslavije povukli zajedno sa neprijateljem, sa kojim su se do granice zajedno povukli protiv Jugoslovenske armije i nesh saveznika, i koji se sada nalaze u inostranstvu, kao i ostali pripadnici tih formacija, koji su zemlju ranije napustili, gube Jugoslovensko državljanstvo.

Član 2. 1) Neće izgubiti državljanstvo ona lica iz čl. 1, koja u roku od dva meseca posle zvanične objave da je repatrijacija završena u zoni u kojoj se ta lica nalaze pred Jugoslovenskim predstavnicima ili vojnim predstavnicima odnosno pred njihovim delegatima daju izjavu da su spremni da se vrate u Otadžbinu i stave se radi povratka na raspoložene nesim vlastima za repatrijaciju. 2) Lica koja u skladu sa izjavom u čl. 1. odbijaju da se vrate u Otadžbinu, ne budu u mogućnosti da iskoriste predviđeni rok za davanje izjave za povrat u zemlju, mogu i posle tog roka to tražiti i navesti dokaze za opravdanje zadržavanja svoje izjave.

Član 3. Nasa diplomatska i vojna predstavništva u inostranstvu obavezuju se da ovim licima iz čl. 1. omoguće da u određenom roku daju svoje izjave o spremnosti za povratak u zemlju. Njihova je dužnost da lica, koja daju

takve izjave, izdvoje u posebna sabirališta, odakle će im se omogućiti što brzi povratak. Član 4. Gubitak državljanstva prema čl. 1. kao i povratak u zemlju ne sprečava poduzimanje opetovane protiv navedenih lica za druge zločine protiv Očigledno krivično su i počinili. Član 5. Savezni Ministar unutrašnjih poslova izvršice ovaj Zakon u sporazumu sa Ministrom Odbora. Član 6. Ovaj Zakon stupi na snagu kad se objavi u „Sluzbenom listu Demokratske Federativne Jugoslavije“. 23. avgusta 1945. godine Beograd, Predsedništvo Privremene Narodne Skupštine Demokratske Federativne Jugoslavije.

Sekretar, M. PERUNICIC s. r. ROK OD DVA MESECA POMETU U PLANU 2 ISTICE U BRITANSKOJ ZONI 16 APRILA 1945. GODINE, Seif Jugoslovenske sekcije za vezu pri Britanskoj Armiji na Rajni Potpukovnik, B. Barjakovic s. r.

OBJAVA

Ministarstvo unutrašnjih dela u saglasnosti sa Ministarstvom Narodne Odbrane donosi je 1. januara 1946. god. broj 1014 odloku: da je repatrijacija državljana F. N. R. Jugoslavi je iz Njemačke, Švedske, Norveške i Danske završena.

Rok od 2 meseca po stavu 1. člana 2. Zakona 6. odu zimanju državljanstva oficirima i podoficirima bijele Jugoslovenske vojske započeo da teče u svakoj od pomenutih zemalja, osim ako od dana kada su diplomatske, odnosno vojne predstavništvo istakne u svojim službenim prostorijama javnu objavu da je repatrijacija državljana F. N. R. J. iz pomenih zemalja završena.

Ova odredba odnosi se i na vojne i političke rukovodioce i pripadnike raznih protunarodnih vojnih formacija u službi okupatora, koji su pogoje u inostranstvu. Prema tome, ROK OD DVA MESECA PREDVIĐEN POMETUIM ZAKONOM POCINJE 16 FEBRUARA, A ZAVRSAVA 16 APRILA 1946. GOD. Za one Jugoslovenske državljane koji po isteku ovog roka i dalje ostaju u inostranstvu bez saglasnosti opomenećih predstavništva F. N. R. J., smatraću se da su prestali biti Jugoslovenski državljani.

SMRT FAŠIZMU - SLOBODA NARODU! U Berlinu, 8. februara 1946.

SEF VOJNE MISIJE General-ljajana Jaka Avio s. r. Gornje objave istaknuta je u službenim prostorijama ove Sekcije 8. februara 1946. godine.

Prema tome, ROK OD DVA MESECA POCINJE DA TEČE U BRITANSKOJ ZONI 16 FEBRUARA, A ZAVRSAVA 16 APRILA 1946. GOD. Seif Jugoslovenske sekcije za vezu pri Britanskoj Armiji na Rajni Potpukovnik, B. Barjakovic s. r.

Jugoslovenske sekcije za vezu pri Britanskoj Armiji na Rajni

Geschäftsanzeigen

Zahnarzt Dr. Tüters, bisher Bocholt, Gertrudenstr. 5, jetzt Münsterstr. 1, Westf., Tauschvermittlung, Münster, Nordstr. 23, vermittelt jeden Tausch und Verkauf schnell, bequem, billig. Besuchen oder schreiben Sie uns unter Angabe Ihrer Wünsche.

Gelegenheitsanzeigen

Tücht. Uhrmachergehilfe für sof. ges. Pension vorh. Geschw. Schmidt, Hagen, Frankfurter Str. 85. Tücht. Goldschmiedeghilfe für sof. ges. Pension vorh. Geschw. Schmidt, Hagen, Frankfurter Str. 85. Tüchtiger Landwirtsohn ges., der mit allen landw. Maschinen vertr. ist, ist später eine Heuerlingsstelle übernehmen kann. NB 376 NWZ, Borken. Junge, 17-20 J., für die Landwirtsch. ges., Näh, Blomest., Rbede, Jüng. Ackerknecht sof. gesucht, Näh NWZ, Borken. Klavierstimmer ges. Walter Märker, Grob-Reken, Bahnhof.

TODESFÄLLE

Heinrich Weikamp, 68 J., am 9. 8. 44 bei den schweren Kämpfen im Westen im Alter von fast 38 Jahren, leidet er an einem ihm nicht vergessenen, seinen Jüngsten Sohn Heinz zu sehen. In diesem Schmerz: Frau Margret Weikamp geb. Brümme nebst 5 Kindern. Borcholt 1. Biemenhorst 82. Seelenamt am 3. 4., 8 Uhr, in St. Ewald.

Facharbeiter u. Hilfsarbeiter 2. Herstellung von Betonwaren ges. Näh NWZ, Borken. Metallhandwerker, Schmied, A. u. E. Schweiber u. Hilfskräfte sof. ges. Kunstschmiede Möllers, Raesfeld, Brink 46.

Ehrl. Mädchen zur selbst. Führung meines Geschäftshaushalts (3 Pers.) sof. ges. Heinrich Vollmer, Lebensmittelfabrik, Münster, Paulstr. 10. Mädchen für Haus- u. Landwirtschaft ges. Näh NWZ, Borken.

16jähr. Mädchen s. Stelle z. Erlernen der Küche, Scholten, Bocholt, Sachsenstraße 178.

Hausgehilfe i. Geschäftshaushalt ges. Rappers, Bocholt, Römstr. 9.

Magd, die gut melken kann, ges. Wwe. Heine, Seggewald, Crommer.

Haushälterin f. frauenl. Haushalt ges. Näh, Borken, Vennstr. 1.

Hamburger Vertreter sucht Generalvertretung für Drogerien, Büro und Lager vorhanden. Ang. u. Z. V. 1428. Landwirt, 48 J., Ostfriesland, s. St. als Verwalter auf kl. bis mittl. Hof, wo d. Mann fehlt, NB 375 NWZ, Borken.

Bauernsohn s. Stelle als Elève auf anerkt. Lehrtrieb. NB 370 NWZ, Borken.

38jähr. kaverl. Kraftfahrer, Traktorführer, gel. Schlosser, Führerschein 1-2, s. Stelle mit Kost und Logis. N 237 NWZ, Bocholt.

38jähr. Bauernsohn sucht sich zu verändern auf Hof bis 50 Morgen, am liebsten, wo Chef fehlt. N 238 NWZ, Bocholt.

Jg. Mann vom Lande, kath., 27 J. alt, mit sämtl. landw. Arbeiten vertraut, z. Z. als Pferdehelfer tätig, sucht Stelle auf dem Lande zu späterer Einberufung. N 253 NWZ, Bocholt.

Suche für meinen Sohn 21 J. alt, mögl. nach 1. oder 15. April eine Stelle als Lehrling in einem anerkt. Lehrbetrieb, am liebsten im Austausch. Eigeher Betrieb 365 Morgen mit Gemüsebau (anerk. Lehrtrieb), Josef Hönkel, Sternberg bei Bocholt.

Junge, 15 J., sucht Arbeit auf dem Lande. Boesfeld, Bocholt, Hochfeldstr. 151.

Verh. Melker, eig. Personal, sucht Stelle bei 20-30 Kühen mit Wohnung. NB 392 NWZ, Borken. Bauernsohn, kath., 19 J., sucht Stelle als Lehrknecht in Borken oder groß. Gutsbetrieb. NB 371 NWZ, Borken.

Wwe. Christine Himmelfarb

geb. Göring, starb am 4. 2. 46 im Alter von 39 Jahren nach längerer, schwerer Krankheit. Um ein stilles Gebet bitten in tiefer Trauer: Familie Himmelfarb, Familie Diebelbeck, Sechswöchenseelenamt am 8. April, 8 Uhr, in der Kapelle zum Guten Hirten.

Blitz Möbelstücke u. Radio (Philips) 8 Röhren, suche PKW. L 1241 NWZ, Arnberg.

Gastwirtschaft m. Gesellschaftszimmer, kl. Saal, Garten, a. d. Ecke einer Hauptstraße, in der Nähe des Bahnhofs, langhauser gelegen, zu 1. Mai od. später an tücht. Fachleute zu verk. NB 1099 NWZ, Oelde.

Süddeutscher, 28 Jahre, sucht die Bekanntschaft m. intelligentem, Mädel, evtl. Heirat, Zuschr., wenn mögl. m. Lichtbild. Diakreton zugew. N 226 NWZ, Bocholt.

Jünger Süddeutscher s. Bekanntschaft m. nettem Mädel od. Wwe. Bei Zuneigung Heirat nicht ausgeschlossen. N 225 NWZ, Bocholt.

Witwer, 58 J., s. die Bekanntschaft einer Witwe od. geschied. Frau mit od. ohne Kind. N 221 NWZ, Bocholt.

Jg. Mann, 25 J., s. die Bekanntschaft eines Mädels v. 20-27 J. zwecks Heirat, evtl. Wwe. N 222 NWZ, Bocholt.

Zwei Jg. Damen im Alter von 20-23 Jahren, lebensfrohe, kl. u. feine Natur und Schönheit, wünschen die Bekanntschaft zweier Jg. Herren im Alter von 24-30 J. zw. spät. Heirat, Zuschr. mit Bild u. L. 2272 NWZ, Arnberg.

800 RM. Belohnung dem, der zweckdienl. Angaben machen kann über den Verbleib der Möbel aus dem Keller Südwall 14 (Borgers). Die Angaben werden streng vertraul. behandelt. N 233 NWZ, Bocholt.

Kriegsgefangener von Arthur Bröker, der wird gebeten, Name u. genaue Anschrift an untenstehende Adresse anzugeben. Frau A. Bröker, Sternberg, Bahnhofstr. 36.

Übernahme Finanzierung und Wieder Aufbau von zerstörtem Wohn- oder Geschäftshaus in Borken oder Bocholt bei günst. Bedingungen. NB 377 NWZ, Borken.

Auskünfte über Anzeigen, die ohne Anschrift des Inserenten, jedoch mit Buchstaben und Ziffern erscheinen, können vom Verlag nicht erteilt werden. Die Inserenten wünschen schriftliche Angebote, die an die neben den Buchstaben und Ziffern angegebene Kreistelle zu senden sind und von dieser an die betreffenden Inserenten weitergeleitet werden.

Herausgeber: Die Zeitung

Nr. 85

Gr. Volk

NACH NEU englische men. Dann f. rale Partei m. lie beluuf si. tei 53 Prozen. Mehrheit err

Während die liehen, kann es in des Olymp an sammenstoß als Komunisten d. Polizisten töle. leizestreifen gela. Teil der Bande

Die Wahlen in chistischen Voll. Erfolg gebracht. men als die be. liberalen und de. Nach dem Beke. hat Ministerpräsi. Regenten Erbis. gesch. einzeln. präsidenten, noc. bis die neue Re

Rück

Die griechische der bisher vorlie. bedeutenden Maj. rechnen, kündigt. stimmung über Georgos von Grie. Der griechische hat auf Grund e. bereits vier Füh. partei mit der E. tract.

Führer der Liber. ersten Erklärung. nisse an, er be. neuen griechische

Dreimächte an. Die Dreimächte Wahlen beobacht. mit, daß sie ihre gerechte Durchfö. zur gleichzeitigen don. Washington. Die Mitteilung, die veröffentlicht wurde

Drei der Sow. New York, 3. Briefes des sowje. nyko, der an d. eines Briefes des n. Alta verlagte sich. woch nach halbst. nerstag nachmitt. Der sowjetrussis. in seinem Brief d. die Frage der Zurl. Truppen in einer z. Regierung am 24. daß die Zurückzie. irgendeiner andere

Der persische B. unterrichtete in so. persisch-russischen Ergebnisse gek. russische Truppen in die inneren An. mischen

Botschafter Huss. dem Weltseichei. sowjetrussische B. sischen Ministerpr. gende drei Memor. 1. Ein Memorand. daß die Zurückzie. März beginnen un. dauern werde. In. keinerlei Bedingun. rückziehung der T. 2. Ein Memorand. sowjetrussisch-pers. 3. Ein Memorand. dem Vorschlag für. nische Regierung.

Der sowjetrussis. so heißt es weiter i. den Weltseichei. einmal an die pers. festzustellen, daß d. russischen Truppen. unvorhergesehenen. Daraufhin erklär. sident nach dem F. an könne keinerl. an die vollständige mee aus ganz Pers. Der Brief russis. daß der persische. er könne keine Vor. gesellschaft oder Aserbaidzshans ann. siche Fragen.